

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Konrad Kraske  
Kontinuität der Regierungspolitik

Willi Lauk  
Sauberkeit in der Politik

Axel von Campenhausen  
Zur Kirchenreform

Martin Luther King  
Brief aus dem Gefängnis

10

OKTOBER 1963

11. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E



# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Am Ende der vierzehn Jahre</b>  | <b>1</b>  |
| <b>Die Kontinuität der Regierungspolitik</b><br>Konrad Kraske  | <b>2</b>  |
| <b>Kurz kommentiert</b>  | <b>4</b>  |
| <b>Was können wir für die Sauberkeit in der Politik tun?</b><br>Willi Lauk   | <b>6</b>  |
| <b>Die Kirche der Reformation vor der Reform</b><br>Axel von Campenhausen  | <b>9</b>  |
| <b>Brief aus dem Gefängnis von Birmingham</b><br>Martin Luther King  | <b>15</b> |
| <b>Bücher</b><br>Notstandsrecht und Demokratie. Notwendigkeit oder Gefahr? —<br>Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der<br>deutschen Universität und ihrer Reformen | <b>18</b> |
| <b>Leserbriefe</b>   | <b>19</b> |

---

## Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Konrad Kraske (Bonn, Nassestraße 2) ist Bundesgeschäftsführer der CDU. — Dr. Willi Lauk (Michelbach a. d. Bilz) ist Oberstudiendirektor und Mitglied des Bundesarbeitskreises. — Dr. Axel von Campenhausen (Göttingen, Fiorilloweg 4) ist Assistent an der Universität Göttingen und Mitglied des Studienkreises „Kirchenreform“.



# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers  
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

11. Jahrgang, Heft 10

Oktober 1963

## Am Ende der vierzehn Jahre

Man hat ihn schon heute oft mit Bismarck verglichen. Ob dies richtig war, werden erst die Historiker der Zukunft entscheiden können. Wahrscheinlich werden sie darüber streiten, denn wie jedes historische Ereignis kann man die Ära Adenauer von verschiedenen Seiten her beurteilen. Doch in einer Hinsicht stimmt der Vergleich sicher. Konrad Adenauer hat einer Epoche seinen Namen gegeben, er hat sie geprägt und die deutsche Geschichte in den letzten vierzehn Jahren entscheidend bestimmt.

Es ist hier nicht der Ort, zu den politischen Entwürfen und den konkreten Leistungen im einzelnen ein Wort zu sagen. Das wird in diesen Tagen vielerorts getan und zu recht getan. Ein Staatsmann, der die Zügel aus der Hand gibt, muß es sich gefallen lassen, daß gerade in diesem Augenblick seine Leistungen gewürdigt und kritisiert werden. Dem setzt sich jeder aus, der in das Licht der öffentlichen Meinung tritt.

Aber fragen wir nach den elementaren Voraussetzungen seiner Leistungen. Erste Voraussetzung war, daß Konrad Adenauer verstanden hat, vierzehn Jahre an der Macht zu bleiben. Darin lag die materielle Basis für die Kontinuität seiner Politik. Er konnte die Macht in Händen halten, weil er der Schöpfer der CDU war. Er hat sie zwar nicht gegründet, so wie andere vor ihm Parteien gegründet haben. Aber er hat zusammengefaßt, was im Jahre 1945/46 überall aufwuchs und die verschiedenen politischen Entwürfe und Gestaltungen im christlich-demokratischen Umkreis zusammengebracht. Er hat seinen Willen durchgesetzt und dieser Partei ihre heutige Form gegeben. Er wurde der Schöpfer der CDU, weil es ihm im Blick auf die deutsche Parteienkonstellation gelang, die Fesseln des 19. Jahrhunderts rigoros abzuwerfen. Er zog die Konsequenzen aus der Tatsache, daß eine Nation zerbrochen war; er wurde Europäer. Er überwand den Klassenkampf und stellte sich bewußt an die Spitze einer Bewegung, die die getrennten Konfessionen politisch zusammenführte. Damit wurde der Schlußstrich unter 400 Jahre deutscher Geschichte gezogen. Vielen vor ihm hat die politische Zusammenarbeit der Konfessionen vorgeschwebt. Er konnte sie durch seine Existenz verwirklichen. Für die Katholiken stand er für christliches Engagement und Treue zur Kirche; den Protestanten garantierte seine Person Liberalität und Toleranz. Beides zeigte sich darin, daß seine politischen Entscheidungen immer in der Vernunft begründet und im Religiösen motiviert waren. Damit aber war er den Protestanten geistesverwandt. Er versuchte nie den Gegensatz zwischen den Konfessionen zu verschleiern. Ja, er wußte, daß die Voraussetzung einer Zusammenarbeit die enge Bindung an die jeweilige Kirche war. So sprach er 1952 bei der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen von den beiden Säulen, auf denen die Partei ruht. Sie kann nur bestehen, wenn diese Säulen fest sind.



Konrad Adenauers Bedeutung für die CDU und damit für die Bundesrepublik wird in diesen Tagen ganz besonders sichtbar. Dies nicht nur, weil vielerorts eine Laudation für ihn verfaßt wird, sondern weil gerade bei seinem Abgang deutlich wird, welche Atmosphäre er in der Partei geschaffen hat. Es ist die Atmosphäre, in der es möglich ist, das wichtigste politische Amt in die Hände eines Protestanten zu legen, ohne daß es darüber zu Diskussionen kommt. Mag man politisch in mancher Hinsicht verschiedener Meinung sein. Mag man persönlich auch hier und da aneinandergeraten, die Tatsache dieser politischen Atmosphäre wird niemand bestreiten können.

## Die Kontinuität der Regierungspolitik

Konrad Kraske

Dr. Konrad Adenauer ist von seinem Amt als Bundeskanzler zurückgetreten. Der Deutsche Bundestag hat ihm stellvertretend für alle Deutschen Dank und Anerkennung für sein Werk und für seine persönliche Leistung ausgesprochen. Jeder wird es mit Genugtuung empfunden haben, daß in diesen Wochen, da die Bundesrepublik Abschied von ihrem ersten Kanzler nimmt, der Parteienstreit, die kleinliche Mißgunst und der maßlose Haß verklungen sind, in deren Mittelpunkt Konrad Adenauer während seiner Amtszeit oft genug gestanden hat. Alle Parteien und alle Schichten unseres Volkes haben sich in diesen Wochen zusammengefunden, um Konrad Adenauer ihren Respekt und ihre Ehrerbietung zu erweisen, und man sollte die symbolische Bedeutung dieses gemeinsamen Aktes nicht geringschätzen. Wenn auch wohl immer die Mehrheit der Deutschen hinter ihm stand, so hat ihn doch eine Minderheit um so erbitterter bekämpft. Daß nun in dieser Stunde des Abschieds über Dank und Anerkennung nicht mehr nach Fraktionen abgestimmt zu werden brauchte, zeigt eindrucksvoll genug, was dieser Mann für alle Deutschen getan hat. Die Leistung Konrad Adenauers steht, wo sie der Tagespolitik entrückt ist, wahrhaftig über den Parteien.

Die Bundesrepublik hat in diesen Tagen mehr als 14 Jahre nach ihrer Gründung zum erstenmal einen Kanzlerwechsel erlebt. In den zurückliegenden Wochen und Monaten, in denen wir uns auf diesen Wechsel vorbereitet haben, konnte es manchmal scheinen, als würden wir mit dem Abschied des alten und dem Antritt eines neuen Kanzlers nicht recht fertig. Da hatte es zunächst die einen gegeben, die die Kanzlerschaft Konrad Adenauers um keinen Preis befristen wollten, weil sie sich einen organischen Übergang schlechterdings nicht vorstellen konnten, und die anderen, die den Eindruck erweckten, als könnten sie ihn gar nicht schnell genug los werden. Da hörte man dann später von der einen Seite, es müsse nun nach dem Wechsel alles ganz anders werden, während man auf der anderen Seite schon die Andeutung eines neuen Stils ärgerlich, undankbar und vermessen fand. Offenbar verstehen wir uns also noch nicht darauf, den unvermeidbaren Wechsel der Personen und die notwendige Kontinuität unserer Politik in Einklang zu bringen. Wo sollten wir es auch gelernt haben?

Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß die Amtszeit Konrad Adenauers länger währte als die Weimarer Republik, daß diese Weimarer Republik in 14 Jahren 14 verschiedene Kanzler hatte und ebenso viele stürzte, daß die IV. Republik in Frankreich in den 13 Jahren ihres Bestehens 26 Kabinette verbrauchte. Erst vor diesem Hintergrund wird ganz deutlich, daß Konrad Adenauer der Bundesrepublik Deutschland das gegeben hat, was der Weimarer Republik fehlte und woran sie schließlich zerbrach: innere Stabilität, Selbstvertrauen, Widerstandsfähigkeit und eben Kontinuität. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob sein größtes Verdienst hier liegt, oder ob es in den Zielen liegt, die er unserem Staatswesen in dieser Zeit gesetzt hat, in ihrem unzweideutigen Bekenntnis zur Gemeinschaft der freien Völker, in ihrer freiheitlichen



inneren Ordnung. Denn beides, die Kontinuität sowohl wie die wesentlichen politischen Grundentscheidungen der letzten Jahre, sind nicht voneinander zu trennen. Selten ist es einem großen Staatsmann vergönnt gewesen, seinem Lande nicht nur den Weg zu weisen, sondern es auch über eine weite Strecke auf diesem Weg zu führen, seine Politik nicht nur zu entwerfen, sondern sie auch zu konsolidieren. So allein ist es zu verstehen und zu erklären, daß der Einfluß Konrad Adenauers weit über seine eigene Partei und die von ihm geführte Regierung hinausging, und daß er den entscheidenden Anstoß zur Wandlung derer gab, die ihn am schärfsten bekämpft hatten. Denn wenn die Sozialdemokratie heute auf weiten Gebieten für eben die Politik einzutreten verspricht, gegen die sie noch 10 Jahre zuvor auf den Straßen demonstrieren ließ, wer wollte leugnen, daß sie sich durch den sichtbaren Erfolg Konrad Adenauers und seiner Politik dazu gezwungen sah.

Was wir bisher nicht zu lernen brauchten, werden wir nun also um so mehr lernen müssen, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen: die Kontinuität unserer Politik zu sichern und zu bewahren, auch wenn ihre Richtlinien nicht mehr von dem gleichen Mann bestimmt werden. Ludwig Erhard, der neue Bundeskanzler, hat der Bundesregierung vom ersten Tage an angehört. Neben Konrad Adenauer und zusammen mit ihm ist er es gewesen, der die wirtschaftliche und soziale, die gesellschaftspolitische Entwicklung unseres Landes am stärksten bestimmt hat und der damit das Leben unseres Volkes entscheidend geprägt hat. Wer annimmt, daß der Kanzlerwechsel für ihn einen Kurswechsel bedeute, kennt ihn schlecht. Selbstverständlich hat es zwischen Adenauer und Erhard in den vergangenen Jahren Meinungsverschiedenheiten gegeben, Mißverständnisse, wohl auch persönliche Differenzen; beide Männer sind jeder in seiner Art zu ausgeprägt, zu selbstbewußt, zu fern aller Durchschnittlichkeit, als daß sie ohne alle Reibungen miteinander hätten auskommen können. Aber man hätte den Wirtschaftsminister Erhard gründlich mißverstanden, wenn man ihm zutraute, eine Politik mit getragen und mit verantwortet zu haben, die er nun als Kanzler in ihren Grundentscheidungen ändern wollte.

Die Kontinuität unserer Politik wird also erhalten bleiben und sie muß erhalten bleiben. Was sich ändern mag, ist die persönliche Prägung, ist der vielberufene Stil, in denen sich Charakter, Temperament und Neigung des einzelnen auf die Politik übertragen. Wer hier einem Wandel und neuen Akzenten widersprechen wollte, müßte den Einfluß des Menschlichen auf die Politik leugnen und an die Stelle handelnder Personen Elektronengehirne setzen. So werden die kommenden Wochen und Monate, ob wir wollen oder nicht, erfüllt sein von Vergleichen zwischen dem alten und dem neuen Kanzler. Der erste Kanzlerwechsel nach 14 Jahren ist zu neu, zu einschneidend, zu bewegend, als daß die Öffentlichkeit darauf verzichten könnte und sollte. Man möchte dabei allerdings wünschen, daß die natürlichen Verschiedenheiten von zwei Männern nicht dazu verführen, allzu vorschnell Zensuren zu erteilen. Statt dessen sollten wir uns den Blick freihalten für die unvertauschbare Leistung beider und für die Kontinuität, der sie sich auch in Zukunft gemeinsam verpflichtet wissen.

Le roi est mort — vive le roi? Kanzlerwechsel als Zeitenwende, als heimliche Revolution? Nein! Wir können und wollen uns eine Wende unserer Politik in einer so ernsten Situation wie der heutigen nicht leisten, und wir haben wahrhaftig nicht den mindesten Anlaß dazu. Um so dankbarer sollten wir dafür sein, daß uns die Erfahrung und der Rat des großen alten Mannes erhalten bleiben, auch dann, wenn sein Amt und die unteilbare Verantwortung nun auf einem Jüngeren liegen. Denn auch dadurch ist die gradlinige Fortführung und Weiterentwicklung der deutschen Politik in den kommenden Jahren verbürgt.

Ich habe den Wunsch, daß später einmal, wenn die Menschen über den Nebel und Staub dieser Zeit hinwegsehen, von mir gesagt werden kann, daß ich meine Pflicht getan habe.

KONRAD ADENAUER



### In Bremen nichts Neues

Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft ist auch in dem kleinsten deutschen Bundesland eine Entwicklung zum Zuge gekommen, die sich im übrigen Bundesgebiet schon längst vollzogen hat: die kleinen Parteien sind so gut wie ganz von der politischen Willensbildung ausgeschlossen; die Wähler konzentrieren ihre Stimmen auf CDU und SPD, und die FDP kann sich als dritte Kraft gerade eben noch behaupten.

Die beiden Großen erhielten zusammen rund 84 Prozent der Stimmen (1959: rund 70%), während sich die FDP mit 8,4 Prozent und 8 Mandaten zufrieden geben mußte. Gegenüber den Bundestagswahlen 1961 erlitt die FDP allerdings eine schwere Niederlage: sie verlor fast die Hälfte ihrer Wähler (1961: 15,1% aller abgegebenen Stimmen). Die SPD bleibt mit 57 Abgeordneten (54,6%; 1959: 61 Sitze und 54,9%) die stärkste Fraktion und wird auch in Zukunft mit der FDP zusammen die Regierung bilden.

Die CDU hat ihren Stimmenanteil von 14,8 Prozent auf 28,9 Prozent erhöhen können. Dieser Erfolg ist wohl vor allem mit dem Rückgang der DP zu erklären, die von 14,5 auf 5,2 Prozent zurückfiel. Bei den letzten Bundestagswahlen erreichte die DP nur 4,1 Prozent; sie konnte diesmal die 5-Prozent-Hürde nur überwinden, weil die DRP ihre Anhänger aufgefordert hatte, die Deutsche Partei mit ihren Stimmen zu unterstützen. Bedenkt man, daß die CDU bereits 1961 27 Prozent der Stimmen erringen konnte, so erscheint der Gewinn von 1,9 Prozent gering, und man muß feststellen, daß es der Union nicht gelungen ist, wirklich in neue Wählerschichten einzubrechen. Der Einsatz Ludwig Erhards und die aktive Oppositionspolitik der CDU in den vergangenen vier Jahren vermochten lediglich die alten Wähler „bei der Stange zu halten“ und die Masse der DP-Wähler auch bei den Bürgerschaftswahlen für die CDU zu sichern.

Die Wahlergebnisse seit den Bundestagswahlen 1961 verlangen von der CDU, ihre eigene Position im parteipolitischen Kräftefeld, vor allem gegenüber der SPD, neu zu durchdenken und neu zu formulieren. Nur so wird es ihr möglich sein, ihre Stellung als dynamische Volkspartei und führende Regierungspartei nicht nur zu behaupten, sondern weiter auszubauen.  
b. u.

### Dumpfeste Muffigkeit

Im Wahlkampf für die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft haben CDU und SPD heftige Auseinandersetzungen geführt. Das gehört zu einem Wahlkampf wie das Salz zur Suppe. Die Grenzen des guten demokratischen Stiles hat die regierende Sozialdemokratie jedoch überschritten, als sie auf den Direktor des Gerhard-Rohlf's-Gymnasiums einen derart massiven Druck ausübte, daß dieser eine von seinen Schülern gewünschte Diskussionsstunde mit dem zukünftigen Bundeskanzler Erhard absagen mußte. Daß es der Bremer Schulverwaltung gar nicht darum ging, Parteipropaganda aus der Schule fernzuhalten, sondern vielmehr selbst Propaganda in der Schule zu machen,

zeigt ihre Aufforderung an die Schulleiter, die Schüler in die Ausstellung „100 Jahre SPD“ zu führen. Ludwig Erhards Kommentar: „Dies ist ein Beispiel dumpfester Muffigkeit. Es wäre schlecht um unsere Demokratie bestellt, wenn sich dieser Geist durchsetzen sollte.“

Wann werden unsere Schulpolitiker endlich einsehen, daß politische Bildung weniger eine Sache der Bücher und der Theorie ist — so wichtig dies alles ohne Zweifel ist — als der eigenen Anschauung und des persönlichen Vorbildes? Es kann nicht Aufgabe einer demokratischen Schulverwaltung sein, die Schüler zu einer eindeutig parteipolitischen Veranstaltung zu bestellen. Wenn die Schüler aber den Wunsch äußern, mit Ludwig Erhard zu diskutieren, wie es hier geschehen ist, oder auch eine SPD-Ausstellung zu besuchen, wie es hier zum Ärger der SPD nicht geschehen ist: in jedem Falle machen die Schüler von ihrem Recht der freien Meinungsbildung Gebrauch. Schulsenator Dehnpkamp täte gut, sich daran zu erinnern! - el.

### Die andere Seite

Der Bundestag wird voraussichtlich das Baustoppgesetz nicht über das Jahresende hinaus verlängern. Zwar hat die Bundesregierung eine solche Verlängerung vorgeschlagen, aber im Parlament weist man einerseits auf eine gewisse Entspannung auf dem Bausektor und andererseits auf die Tatsache hin, daß Länder und Gemeinden sich relativ wenig an die Intentionen des Gesetzes gehalten haben. Die kommunalen Bauausgaben sind auch immer wieder von der Industrie zitiert worden, wenn man an diesem Gesetz Kritik übt.

Ohne Zweifel haben die Länder und Gemeinden das Ihre dazu beigetragen, die Preise auf dem Bausektor in die Höhe zu treiben. Insofern richtet sich der Zorn der privaten Bauherren zu Recht auf ihre Aktivität. Aber die privaten Bauherren sind zumeist Eltern, die ihre Kinder in die Schule, d. h. in gute und moderne Schulen, schicken wollen. Die privaten Bauherren werden auch gelegentlich krank und sind darauf angewiesen, in Krankenhäusern behandelt zu werden. Die privaten Bauherren wollen schließlich auch hier und da einmal in ein Theater oder Konzert gehen. In all diesen Fällen erheben sie ihre Stimmen laut und halten mit ihrer Kritik nicht zurück, wenn Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen nicht dem entsprechen, was sie dem allgemeinen Wohlstand für angemessen halten. Länder und Gemeinden stehen in diesem Punkt in einem echten Zwiespalt. Selten kann man von einem ihrer Bauvorhaben behaupten, daß es nicht dringend erforderlich sei. Meist sind die Dinge längst überfällig.

Natürlich kommt es immer wieder, besonders in einzelnen Gegenden, zu Engpässen. Diese zeigen sich besonders in den Universitätsstädten, wo die Länder neuerdings enorme Summen in Neubauten investieren. Wer die Lage unserer Universitäten und wissenschaftlichen Institute kennt, wird die Berechtigung dieser Investitionen nicht bestreiten können. Wir können es uns weder im Blick auf die Wissenschaft noch hinsichtlich der allgemeinen Kultur — und dazu gehören auch Bibliotheken — leisten, hinter anderen Staaten zurückzubleiben.



Man muß diese Seite der überhitzten Baukonjunktur sehen. Und sie sollte in der allgemeinen Diskussion stärker beachtet werden. Wir werden sonst nicht zu einem gerechten Urteil kommen. e. a.

### Staat und Kirche

In den letzten Monaten ist es erneut zu kräftigen Diskussionen darüber gekommen, ob die Kirchen staatliche Gelder für ihre überseeischen Hilfsprojekte annehmen sollten oder nicht. Die zuständigen Gremien der deutschen evangelischen Kirchen haben das schon vor Jahren strikt abgelehnt. Aber auch in Deutschland gibt es Bestrebungen, doch irgendwie einen Kompromiß zu finden. Staatliche Stellen ihrerseits geben den Kirchen nicht ungern Entwicklungsgelder; sie wissen, hier ist erfahrungsgemäß der Nutzeffekt besonders groß.

Die Bundesregierung hat nun vor einer Weile 16 Millionen Mark für kirchliche Hilfsvorhaben in Übersee angeboten und zwar ausdrücklich ohne Bedingungen. Die „Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe“ hat sich daraufhin an die Ökumene gewandt, um sich Rat zu holen, — oder auch, um sich gegebenenfalls zu entlasten. Im Zentralkomitee wurde darüber Anfang September bei einer Sitzung in Rochester in den USA beraten. Aber es kam zu keiner einhelligen Meinung. Die Amerikaner neigen dazu, die Dinge praktisch zu sehen. Viele argumentieren etwa so: Warum sollen wir staatliche Mittel nicht nehmen, wenn wir damit Menschenleben retten und elementare menschliche Not lindern können? Sie abzulehnen ließe sich nur mit gewichtigen Gründen rechtfertigen, und was kann gewichtig genug sein, um die Rettung von Leben zu verhindern? Gewiß, die Kirche dürfe nicht zum Werkzeug nationaler Interessen werden. Dennoch könne man in gewissen Fällen staatliche Gelder annehmen, vor allem als Starthilfe. Während die Amerikaner im Innern ihres Landes unerhört empfindlich auf die völlige Trennung von Kirche und Staat achten, sind sie bei der Hilfe in Entwicklungsländern eher zum Kompromiß bereit.

In den Entwicklungsländern selbst sind staatliche Gelder immer noch leicht mit dem Geruch des Kolonialismus belastet, und für die jungen Kirchen ist es absolut lebenswichtig, daß ihnen niemand nachsagen kann, sie lebten von europäischer staatlicher Protektion. Ein indischer Delegierter sagte in Rochester, es sollte auf jeden Fall klar sein: Regierungshilfe komme nur für Projekte in Betracht, an denen die Kirchen zusammen mit nichtchristlichen säkularen Organisationen beteiligt sind. Daraus ergibt sich: Man kann kein Gesetz formulieren, das in jedem Fall richtig ist; man muß jeden Fall für sich prüfen.

Verfänglich ist freilich jeglicher Kompromiß für die Kirchen in der DDR. Deshalb hat sich der in Ostberlin lebende Missionsdirektor Dr. Brennecke in Rochester energisch gegen irgendeine Annahme von Regierungsgeldern ausgesprochen. Andernfalls sei eine ernstliche Trennung zwischen Kirche und Mission in Deutschland zu befürchten. Das kommt allerdings fast einer Drohung gleich, wenn man bedenkt, daß eben erst die Missionsgesellschaften und die Landeskir-

chen eng zusammenrücken. Die westdeutschen Landeskirchen werden, so ist zu hoffen, auf die Schwierigkeiten der mitteldeutschen Kirchen Rücksicht nehmen. Sie können freilich unbehindert, wie sie es auch schon tun, den Staat beraten bei dessen eigenen Hilfsvorhaben. In der Mission gibt es viele Menschen, die sich draußen genau auskennen. Sie können Fehlschläge vermeiden helfen.

In Rochester hat man also keine perfekte Formel für dies heikle Problem finden können; wahrscheinlich gibt es keine. Für die Kirchen im Westen dürfte allerdings wohl folgende Faustregel gelten: je mehr sie dem Staat gegenüber selbständig sind, desto eher können sie es sich, in bestimmten Fällen, erlauben, mit dem Staat in der Entwicklungshilfe zu kooperieren.

v. K.

### Brot für die Welt

Im Advent wird die Aktion „Brot für die Welt“ ihre fünfte große Sammlung abhalten. Sie hat bisher in Westdeutschland und Westberlin insgesamt 64 Millionen Mark erbracht. Seit einiger Zeit wird das Ergebnis der Sammlung in den mitteldeutschen Kirchen nicht mehr mit aufgeführt. Die Spenden sind bei uns im letzten Jahr noch einmal spürbar gewachsen. Sie sind überhaupt beträchtlich, wenn man sie mit anderen karitativen Sammlungen vergleicht. Man darf freilich nicht die Milliarden danebenhalten, die jährlich in unserem Volk allein für Zigaretten ausgegeben werden. Bemerkenswert ist, wie sich die Hilfsprojekte in Übersee allmählich verändert haben. Immer weniger spielt die Soforthilfe bei Katastrophen eine Rolle. Immer mehr wird das Geld für Projekte ausgegeben, die eine langfristige Hilfe versprechen. So etwa: für eine Gewerbeschule in Assam in Indien, ein Hospital in Nordtanganjika, eine Berufsschule auf Sumatra oder dergleichen. Jetzt scheint sich erneut eine neue Hilfspolitik anzubahnen. Dies wurde deutlich, als vor kurzem eine kleine lutherische Kirche in Indien sich für die empfangene Hilfe bedankte und erklärte, sie werde in Zukunft keine neuen Pläne mehr vorlegen und nicht mehr um Hilfsgelder bitten. Zur Begründung heißt es, es sei für diese Kirche die Grenze dessen erreicht, was sie mit ihrer Kraft leisten, aufbauen und sorgfältig verwalten kann. Was hinter dieser weisen Selbstbeschränkung steckt, ist nun nach Ansicht der Aktion „Brot für die Welt“ symptomatisch für die Entwicklung auch in anderen überseeischen Kirchen. Daraus können einige Konsequenzen gezogen werden: Man wolle, heißt es, in Zukunft weniger Einzel- als Gemeinschaftsprojekte aufnehmen. Die Hilfen sollen eingefügt werden in eine Art Gesamtstrategie für die Entwicklung des betreffenden Landes. Es wird wohl auch noch mehr als schon in den letzten drei Jahren mit den nationalen Christenräten zusammengearbeitet werden; denn es ist wichtig, die Kräfte der jungen Kirchen zu koordinieren, damit sie ihrem Lande wirklich einen nachhaltigen Dienst tun. Die Not ist auch weiterhin in vielen Ländern so unermeßlich groß, daß nur vereinte Kräfte etwas ausrichten können. Zu überlegen wäre auch, ob nicht in einigen Ländern oder Zonen deutliche Schwerpunkte der Hilfe gebildet werden sollten.

v. K.



# Was können wir für die Sauberkeit in der Politik tun?

Willi Lauk

Diese Frage entspringt nicht einer müden Resignation. Sie ist vielmehr eine notwendige Frage, die aus Gründen ehrlicher Selbstkritik immer wieder zu stellen ist. Sie steht zudem einer Partei besonders gut an, die seit fast 14 Jahren die Regierungsgewalt im Bund zu tragen hat. Und dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU ist mit dieser Frage ein gutes und ernsthaftes Arbeitsthema gestellt.

Keine Partei kommt um diese Frage herum, wenn sie ihre politische Verantwortung selbstkritisch und gewissenhaft vollziehen möchte. Es ist falsch, unrealistisch und utopisch, zu meinen, daß man regieren und Macht ausüben und zugleich völlig reine Hände behalten könne. Keine Partei soll so tun, als ob ihr das je gelänge! Man kann keine reinen Hände behalten, weil auch im politischen Leben nicht nur der fehlsame und irrende Mensch handelt, sondern viel mehr der gebrochene Mensch, der „Sünder“. Das christliche Bild vom Menschen — oder zumindest doch das evangelische Menschenbild — unterscheidet sich darin von dem Menschenbild der meisten Weltanschauungen, daß es bestimmt wird von dem Wissen um diese Gebrochenheit, um die sündige Selbstbezogenheit und Selbstsucht des Menschen. Von daher kann Luther sagen, daß der Christ niemals im Wordensein, im Perfektum, da ist, sondern immer nur im Werden. Das bedeutet für unser Thema: Man kann als Politiker niemals vollkommen sauber sein, sondern man kann sich immer nur im Werdeprozeß und im Ringen um die Sauberkeit befinden. Ich meine, das sei schon etwas, was wir für die Sauberkeit in der Politik tun können: nämlich christlich zu denken und von einem sehr nüchternen und ehrlichen Menschenbild auszugehen. Um so eher werden wir im politischen Denken und Tun unsere Wachsamkeit darauf lenken, den Menschen vor dem Menschen zu schützen.

Aber es gibt eine zweite Voraussetzung für die Sauberkeit in der Politik. Sie liegt in der Bemühung um eine sehr nüchterne und darum ehrliche und sachliche politische Konzeption. Es geht um die intellektuelle Redlichkeit im politischen Denken.

Das damit Gemeinte soll im folgenden nicht grundsätzlich ausgeführt, sondern mit einigen stichwortartig skizzierten Beispielen erläutert werden. Wenn der diesjährige Evangelische Kirchentag in Dortmund sich die Losung „Mit Konflikten leben“ gegeben hat, dann ist mit dieser Losung auch die Wirklichkeit beschrieben, innerhalb derer die Politiker zu handeln haben. Aufgrund der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft steht jeder, der politisch handelt, in dem Konflikt zwischen den Gruppen- und Verbandsinteressen einerseits und dem Staatsinteresse und dem Wohl des sozialen Ganzen andererseits. In dieser Konfliktsituation kann man nur in einer Weise konsequent bleiben, nämlich — so widerspruchsvoll das auch klingen mag — auf dem Weg des guten Kompromisses. Wir sind alle daran gewöhnt, beim Hören des Wortes „Kompromiß“ gleich das Eigenschaftswort „faul“ in Gedanken davorzusetzen und

an „kompromittieren“ zu denken. Wir vermögen es fast nicht mehr, den Kompromiß als etwas Gutes zu sehen.

Ein Landwirtschaftsminister z. B. steht heute dauernd in der Konfliktsituation, sowohl die Solidarität den Bauern und Bauernverbänden gegenüber wahren zu müssen wie die dem Staat gegenüber. Aus dieser Konfliktsituation gibt es für ihn nur den Ausweg des Kompromisses zwischen Verbandssolidarität und dem Interesse des sozialen Ganzen, das seinerseits wieder eine echte Resultante aus den Gruppeninteressen zu sein hat.

Um der Sauberkeit willen muß der, der politische Verantwortung und Macht trägt, statt des Kompromisses auch dann und wann einmal um des Staatswohles willen eine einseitige Entscheidung wagen. Es sei an zwei Begebenheiten aus den vergangenen Jahren erinnert: Gegen die Verbraucherinteressen, und damit gegen die Wünsche des wahrlich größten „Verbandes“, hat der Bundeskanzler die Einführung der Heizölsteuer durchgesetzt. Um des Staatswohles willen, und das heißt doch im Staatsinteresse, mußte er etwas höchst Gefährvolles vermeiden, nämlich Erschütterungen der Gesamtwirtschaft durch zu rasche und umbruchartige Umstrukturierung in einem großen Wirtschaftszweig. Man stelle sich vor, welche Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet hätte entstehen können! Ebenso mußte Vizekanzler Erhard aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gegen die Verbandswünsche die Aufwertung der DM durchsetzen.

Zur Sauberkeit in der Politik gehört eine klare Wertbezogenheit in dreifacher Richtung:

Erstens, im Blick auf die Achtung vor der Würde des Staates; zweitens bezüglich des Bekenntnisses zur Unaufgebbarkeit der Freiheit und damit des Bekenntnisses zur klaren Gewaltenteilung und schließlich drittens im Blick auf das Ringen um soziale Gerechtigkeit.

## Die Würde des Staates

Professor Ernst Forsthoff hat vor etwa drei Jahren in einem Vortrag vor der Wiesbadener Goethe-Gesellschaft gut dargestellt, wie im Jahre 1945 eine Epoche der Staatlichkeit ihr Ende gefunden hat. Nach 1945 hat man nicht der Wiederherstellung der Staatlichkeit den Vorrang gegeben, und mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht gewartet, bis eine neue Staatlichkeit geschaffen war. Diese ist vielmehr mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erst im Jahre 1949 wiedererstanden. Damit waren die Weichen für die weitere Entwicklung schon gestellt und zum ersten Male hat die Wirtschaft vor der Aufgabe gestanden, meint Forsthoff, die Fähigkeit zur Selbstdisziplinierung auch ohne Staat entwickeln und bewahren zu müssen. Damit ist aber die Zeit bedingungsloser Verfolgung partikularer Interessen und unbedenklichen Ausspielens sozialer Macht unwiderruflich zu Ende gegangen. Das ungehemmte Ausspielen sozialer Macht führt nur noch zur Störung des sozialen Ganzen und fällt damit auf ihren Urheber selbst zurück, dem es zudem keinerlei Vorteil bringt, sondern nur Nachteile. Der Staat als solcher verfiel 1945 sogar einer Diskre-



ditierung, von der er sich nur langsam und nur bis zu einem gewissen Grade erholt hat; die Staatlichkeit aber ist bis heute bei uns auf ihre erweisliche Nützlichkeit reduziert. Der Einzelmensch ist wieder in seinen dominierenden Rang dem Staat gegenüber eingesetzt worden, während in der totalitären Staatsordnung das Gegenteil der Fall ist. Vor allem ist der Staat aber seit 1945 nicht mehr alleiniger Urheber und alleiniger Zurechnungspunkt des sozialen Ganzen und seiner Ordnungen. Er hat seinen alten Rang vielmehr endgültig eingebüßt und ist in das soziale Ganze mit bestimmten Funktionen eingeordnet worden. Deshalb ist zwischen dem Staat und der in Verbänden formierten Gesellschaft eine umfassende Zusammenarbeit notwendig. Die Funktionen, die der Staat innerhalb des sozialen Ganzen hat, bestehen keineswegs mehr nur in der Wahrnehmung der klassischen staatlichen Aufgaben. In dem Übergang zum Sozial- und Verteilerstaat drückt sich vielmehr der Anteil aus, den der Staat an der Stabilisierung des sozialen Ganzen hat. Diese sehr gedrängt angedeutete Reduzierung der Staatlichkeit auf Funktionen im sozialen Ganzen erfordert aber um so mehr den Respekt vor der Würde der staatlichen Organe. Denn der Staat ist auch heute ausschließlich Träger und Garant der Rechtsordnung, die alle anderen Organisationen und Verbände trägt. Er allein ist z. B. nach wie vor zur Gewaltanwendung berechtigt. Diese bleibenden Eigenschaften geben schon dem Staat als Institution eine Würde, die ihn vor anderen Organisationen und Verbänden auszeichnet.

Um der Sauberkeit in der Politik willen müssen wir selbst in Außerlichkeiten einen Stil finden, der der unaufgebaren Würde der Staatsorgane Rechnung trägt. Die Bemühungen etwa, den Sitzungen des Bundestages einen gewissen Stil und einen protokollarisch festgelegten Ablauf zu geben, sind in diesem Sinne zu begrüßen. Daß auch wieder Staatssymbole einen Erlebnisinhalt für möglichst viele bekommen, ist eine weitere Aufgabe.

### Freiheit und Gewaltenteilung

Im Westen ruht die staatliche Ordnung auf der Überzeugung, daß der einzelne Mensch unbedingt die Freiheit haben muß, sein Schicksal selber zu gestalten. Diese Überzeugung schließt aber die Einsicht in die Notwendigkeit der Gewaltenteilung und die gegenseitige Kontrolle der drei Gewalten ein. Gerade zum evangelischen Verständnis des Menschen gehört es, daß die legitime Macht immer in sich selbst gefährdet ist. Deshalb bedarf die Macht der Begrenzung; und diese liegt in der Gewaltenteilung. Helmut Thielicke hat das einmal so formuliert: „Der Satz ‚Macht muß geteilt werden‘ lautet, wenn man es anthropologisch ausdrückt: ‚Der Mensch muß vor sich selbst geschützt werden.“

Es ist die Aufgabe jeder Partei, für eine optimale Einhaltung der Gewaltenteilung Sorge zu tragen. Natürlich hieße es die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, wenn man nicht sehen wollte, wie sehr es im Laufe der Entwicklung zu Überschneidungen gekommen ist. Hier zu entflechten und zu entwirren, ist ein weites Aufgabenfeld. Durch zwei Entwicklungskomponenten wird diese Aufgabe allerdings erschwert: Einerseits muß man nüchtern feststellen, daß die Funktionen des Staates in so hohem Maße durchrationalisiert und Sache der Fachleute geworden sind, daß sie sich der Beurteilung nicht nur

durch den nichtfachmännischen Wähler, sondern auch durch den nichtfachmännischen Abgeordneten in weitem Umfange entziehen. Die natürliche Folge ist, daß dadurch die Exekutive, d. h. die Bürokratie bzw. die „Expertokratie“, ein Übergewicht über die Legislative erhalten kann. Andererseits hat es sich geradezu als selbstverständlicher Stil und Brauch eingebürgert, daß Abgeordnete die Exekutivbehörden mehr heimsuchen als aufsuchen, um mit Nachdruck oder noch anderen Mitteln bestimmte Entscheidungen durchzusetzen.

In der Zuversicht, daß über „soziale Gerechtigkeit“ unter uns ein Common sense sich gebildet hat, braucht dieser Begriff hier nicht interpretiert zu werden.

### Christliche Politik — saubere Politik

All das, was bisher unter der Frage „Was können wir für die Sauberkeit in der Politik tun?“ gesagt und unter dem Begriff sowohl der intellektuellen Redlichkeit wie auch der Wertbezogenheit ausgeführt wurde, geht alle Parteien an, soweit sie verantwortungsbewußt ihren Auftrag zu vollziehen bereit sind. Doch da die CDU sich eine christliche Partei nennt, gilt es für sie noch in besonderem Maße und in einem anderen Betracht, für die Sauberkeit in der Politik zu sorgen.

Dabei ist grundsätzlich festzustellen, daß das Adjektiv „christlich“ nicht der Institution, also nicht der Partei eignet, sondern den Menschen in dieser Partei. Im Grunde gibt es keine christliche Politik, sondern nur christliche Politiker.

Es ist auch sicherlich unrichtig, zu behaupten, daß sich christliche Politiker nur in der CDU betätigen können. Die Bemühung um Sauberkeit in der Politik fordert aber gerade von der CDU, darauf zu sehen, daß in ihr die christlichen Politiker spürbar die Mehrzahl bilden bzw. bleiben. Die Partei hat nur so lange ein Recht, sich christlich zu nennen, solange ihre Mitglieder und Mandatsträger wenigstens in der Mehrzahl sich dem christlichen Glauben persönlich verbunden und damit dem gemeinsamen Ethos beider christlicher Konfessionen besonders verpflichtet wissen. Denn nur so machen diese zwar keine christliche Politik, aber eben doch als Christen Politik und damit eine saubere Politik. Was heißt das nun im einzelnen?

Es geht um ein verantwortliches politisches Handeln. Wenn wir nach der christlichen Verantwortung im politischen Daseins- und Tätigkeitsbereich fragen, so müssen wir dabei grundsätzlich von der Überzeugung ausgehen, daß Verantwortung immer durch zwei Grundzüge wesentlich bestimmt ist, einmal durch eine Sachbindung und zum anderen durch eine Gewissensbindung. Fehlt eines dieser beiden Grundelemente, so kann von einem verantwortlichen Handeln im eigentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden. Ohne Sachkenntnis ist ein ordnungsgemäßes, ethisches und damit auch christlich gültiges Handeln überhaupt nicht vollziehbar; ohne Gewissensbindung hinwiederum ist auch das sachlichste und sachkundigste Handeln „verantwortungslos“, weil es dem Sinn christlicher Verpflichtung nicht gerecht wird. Denn im eigentlichen Sinn des Wortes gibt es „Verantwortung“ nur da, wo in der Gewißheit gehandelt wird, vor Gott darüber Antwort geben zu müssen. Zur Klarstellung sei noch einmal betont, daß eine Sachentscheidung kein Gewissensurteil ist und eine Gewissensent-



scheidung nicht Sachkenntnis ersetzt. Doch beide Größen sind aufeinander bezogen und in dieser Wechselbeziehung gegenseitig begrenzt.

### Die Entscheidung des Gewissens

Wichtig sind in unserem Zusammenhang, wo es um den christlichen Politiker geht, drei Grundvoraussetzungen, auf denen Gewissensentscheidung ruht: Einmal verfügt der Mensch über keine Sache als Eigenbesitz, sondern das politische Amt, der Staat, das Volk stellen ein Lehen dar, das der Mensch nur verwaltet und dem er um Gottes Willen dient.

Zum zweiten befreit die Verantwortung, in diesem Sinne gesehen, von der Rücksichtnahme auf Beifall und Kritik der Menschen. Walter Künneth schreibt: „Der Politiker, der sein Handeln durch die Gunst seiner Partei bestimmt sein läßt, oder der aus Angst vor der Umwelt eine als richtig erkannte Maßnahme unterläßt und einer Entscheidung zustimmt, die er aus sachlichen Gründen oder gewissenmäßiger Überzeugung nicht gutheißen kann, verhält sich ethisch verantwortungslos.“

Schließlich ist der christliche Mensch in der politischen Sphäre nicht gottfrei und in diesem Lebenssektor nicht ethisch-neutral geworden. Vielmehr stellt ihn seine Verantwortung in und durch allen politischen Dienst unmittelbar in die Ausrichtung auf Gott. Dem Staatswohl kann man nur dienen, wenn das Handeln im Interesse des Staatswohles im Einklang mit Gottes Willen erfolgen kann. Von daher konnten alle Maßnahmen des Dritten Reiches, die außerhalb und im Widerspruch zu den göttlichen Zehn Geboten standen, von vornherein nie dem Staat und dem Staatsvolk zum Wohle gereichen.

### Politische Diakonie

Diese grundsätzlichen Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß ein christlicher Politiker sich nicht berechnen darf, in seinen politischen Entscheidungen nur der „Macht des Faktischen“ Rechnung zu tragen und unter pragmatischen Gesichtspunkten zu handeln. Nein, der Christ muß in seinen politischen Entscheidungen nach dem Einklang mit den göttlichen Geboten suchen. Von daher ist für den christlichen Politiker etwa die Frage nach dem § 160 und der Möglichkeit der sozialen Indikation ungemein schärfer und radikaler gestellt als für den nichtchristlichen Politiker. An dem Begriff „Situationsethik“ ist sehr viel Richtiges, doch hat diese wie alle Verantwortungsethik ihre Grenze in der unverbrüchlichen Gültigkeit der göttlichen Gebote. Der christliche Politiker muß in seinem politischen Handeln in der Christusdimension sein, in welcher Vergebung der Sünden und Agape, d. h. Nächstenliebe, Wirklichkeit werden. Diese Christusdimension der Vergebung und der Liebe ist Grund der Möglichkeit des christlichen Ethos und so der christlichen Existenz in der politischen Welt. Damit ist ein Doppeltes gesagt: Der christliche Politiker hat im politischen Tun dienende, aber auch vergebende Liebe zu üben. Für die Christen ist politisches Tun im Grunde Diakonie. Diese Grundeinsicht kann und soll zu einem guten politischen Stil befreien, der bestimmt ist durch die menschliche Hochachtung auch vor dem politischen Gegner. Diese Hochachtung entsteht letztlich aus der Gewißheit, daß Christus der Herr und Erlöser aller Menschen

ist und somit für alle gestorben ist — und gegen niemanden.

Das „C“ im Namen unserer Partei wird dann verleugnet, wenn wir vor der persönlichen Diffamierung des politischen Gegners nicht zurückschrecken. Wenn zur Liebe auch die vergebende Liebe gehört, dann fällt für die CDU auf das Problem der Bewältigung der Vergangenheit und der Entnazifizierung noch ein anderes Licht als für die Parteien, die der Christusdimension der Vergebung fernerstehen. Mit dieser Bemerkung ist wahrlich nichts gegen die notwendigen Strafprozesse gesagt, die über vergangene Verbrechen zu urteilen haben. Doch das ist gemeint, daß man einem anderen einen politischen Irrtum nicht auf Lebensdauer zum Vorwurf machen kann. Man bedenke in diesem Zusammenhang nur einen Augenblick lang, wie Jesus über Menschen urteilt, die geirrt und gefehlt haben.

### Demut und Selbstbescheidung

Der christliche Politiker hat der Tugend, die das christliche Abendland im wesentlichen Sinne begründet hat, besonders eingedenk zu bleiben: der Demut und der Selbstbescheidung. Dann wird das Gefühl, unersetzbar zu sein, nie zu mächtig werden. Es ist ein ausgesprochen christlicher Zug in der Verfassung der USA, daß ein und derselbe Mensch nicht länger als acht Jahre das höchste Staatsamt innehaben kann. Dieser verfassungsrechtliche Tatbestand bekundet Demut. Man soll auch niemanden in dem Gefühl bestärken, daß er, weil er — um es in einem geschichtlichen Beispiel zu sagen — die Schlacht bei Tannenberg geschlagen hat, nun auch jede andere Schlacht gewinnen muß und wird. Die nächste Schlacht, die zu schlagen ist, kann und wird wahrscheinlich unter einer völlig anderen Schlachtordnung stattfinden. Der Sieger Churchill wurde nach dem Krieg, als eine neue Schlacht, nämlich die des Friedens, zu gewinnen war, als Sieger in Pension geschickt.

### Hilfen für den Politiker

Wie bleiben nun christliche Politiker, um wirklich für die Sauberkeit in der Politik etwas zu tun, in diesem dreifachen christlichen Ethos des rechten Verantwortungsbewußtseins, der dienenden und vergebenden Liebe und der Demut als stets neuen Absage an alle hybride Selbstüberschätzung bewahrt? Um zwei Hilfen muß sich jeder, dem es um diese Bewahrung zu tun ist, immer bemühen:

Die eine Hilfe besteht für den christlichen Politiker darin, daß er um sich einen Kreis von Menschen schafft, die ihm im Gespräch offen und ehrlich gegenüber treten und die ihm ohne eigenes und selbstsüchtiges Interesse im Gespräch verbunden bleiben. Wie heilsam wäre es, wenn sich dieses Miteinander des im Gesprächbleibens so vollzöge oder so, wie es der bekannte Pädagoge Kurt Hahn formuliert hat: „Wir sollten miteinander diskutieren können, ohne uns zu zerstreiten; wir sollten uns zerstreiten, ohne uns zu verdächtigen, und wir sollten uns sogar verdächtigen können, ohne uns zu verleumden.“

Die andere Hilfe besteht im Gebrauch der Meditation, im Aufsuchen der Stille. Die politische Welt wird immer stärker bedroht von der Gefahr der Entseelung. Es ist doch unbestritten, daß der „kalte“



Politiker, der „seelenlose“ Rechner, der „gerissene“ Taktiker weithin ideale Vorbilder erfolgreicher Politiker sind. Einem von ethischer Zielsetzung getragenen politischen Handeln muß es darum gehen, die Entseelung des Politischen abzuwehren. Deshalb hat der christliche Politiker die Pflicht, die eigene seelische Substanz im politischen Kampf zu erhalten. Natürlich ist auch und gerade der christliche Politiker von einem seelischen und glaubensmäßigen Substanzschwund bedroht. Diesem Schwund kann man nur entgegenwirken durch Meditation, durch Stunden der Stille, in denen Distanz zum politisch aufreibenden Alltagsgetriebe, zu innerer Besinnung und zu neuer seelischer Kraftaufnahme entsteht. Wo sich ein Politiker oder Gruppen von Politikern noch täglich innerlich orientieren — durch Gebet, Andachten, Schriftlesungen, Gottesdienste — da ist der Raum der Meditation

und der Stille geschaffen. In einem Vers heißt es: „Nur an einer stillen Stelle legt Gott seinen Anker an.“ Es kommt darauf an, daß der Politiker in der Stille der Meditation und des Gebetes und des Hörens auf die Bibel vor Gott steht. Es ist wirklich eine erwägenswerte Frage, ob nicht alle Mandatsträger, wiederum einerlei, ob auf Orts-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene, in regelmäßigem Abstand sich zu Einkehr- und Besinnungstagen dieser Art versammeln sollten. Es gibt kein Parteimitglied, kein passives und kein aktives, und erst recht keinen Mandatsträger, der nicht diese beiden Hilfen nötig hätte: einen Gesprächskreis, der ihn trägt, und Stille und Besinnung, um sauber zu bleiben bzw. sich zu säubern. Was wir für die Sauberkeit in der Politik tun können? Nun, all das Gesagte bedenken, überdenken, recht hören und dann recht tun. Ulrich Zwingli hat das Wort gesprochen: „Um Gottes Willen tut etwas Tapferes!“

## Die Kirche der Reformation vor der Reform

Axel von Campenhausen

Staat und Kirche sind in der Bundesrepublik weder völlig getrennt noch werden die Kirchen vom Staat beherrscht. Vielmehr genießen die Kirchen bei fast einschränkungsloser Freiheit ein Maximum an öffentlichem Einfluß und als Körperschaften des öffentlichen Rechts zugleich zahlreiche staatliche Vergünstigungen. Die Bedeutung der Kirchen für die Wahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens sind allgemein anerkannt und in einigen Landesverfassungen ausdrücklich festgestellt. Staat und Kirchen tragen gemeinsame Verantwortung. Unter diesen Umständen ist es eine Frage von politischem Interesse, was in diesen Kirchen vor sich geht und wie sie sich fortentwickeln, wie sie die vom Staat eingeräumte Stellung ausnutzen. Im Folgenden sollen einige Entwicklungstendenzen innerhalb der evangelischen Kirche verfolgt werden.

### Der Ausgangspunkt

1963 ist nicht 1945. Die Verschiedenheit der kirchlichen Lage zeigt bereits an, welche Richtung das Schiff der Evangelischen Kirche in Deutschland genommen hat. Bedeutete das Jahr 1945 in gewisser Hinsicht das Ende des liberalen Individualismus in der Kirche, so hat sie sich seither machtvoll ihren Weg in die Öffentlichkeit gebahnt. Würde 1945 die Abkehr von der Pastorenkirche noch als ein Schlagwort ausgegeben, so haben wir heute, ohne das Problem freilich gelöst zu haben, eine Reihe von Ansätzen vorzuweisen, dem Übel zu steuern. Bedeutete 1945 das sichtbare Ende des nationalen Kirchentums, so stehen wir in mancher Hinsicht heute schon mitten in der Ökumene. Neue Schwierigkeiten sind aufgetreten. Die Gefahr der Kirchenverfolgung ist in der Bundesrepublik nicht akut. Dafür laufen wir aber Gefahr, die Kirche mit allzu lebhafter Aktivität auf den verschiedensten Gebieten selbst zu zerstören, jedenfalls ihre Arbeit

wirkungslos zu machen. Die anfangs hoffnungsvoll erblühte sogenannte Laienarbeit ergeht sich seit Jahren in wenig fruchtbarer Diskussion. Solche und andere Nöte sind uns nicht nur von außen aufgedrängt worden. Deshalb stellen sich neue Fragen: nach der kirchlichen Ordnung bei uns selbst; nach der Sammlung der kirchlichen Arbeit auf ein Ziel; nach der Ausübung der Kirchenzucht. Und mit dem allem verknüpft sich die Frage nach der kirchlichen Struktur, die bis hin zur Verfassungsfrage zu umfassender Neuordnung drängt.

Folgende Entwicklungslinien sollen hier verfolgt werden:

Trotz augenblicklichen Stagnierens der Bestrebungen, die Laienwelt durchgreifend zu aktivieren, nimmt die Kirche die Bedeutung wahr, welche der Aufgliederung der Verantwortung zukommt. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Umstrukturierung der Gemeinden im Gespräch.

Neu ist die Notwendigkeit, die Gläubigen in bisher unbekanntem Umfang zu schulen und mit ihrer und der kirchlichen gesellschaftlichen Lage vertraut zu machen.

Die gesellschaftspolitische Bewußtseinsweckung hat die Gefahr der Ideologisierung entstehen lassen. Eine düstere Entwicklung zeichnet sich mit der Konfessionalisierung ab.

Die verfassungsmäßige Lage der deutschen Kirchen drängt deshalb zu einer umfassenden Reform, weil die anstehenden Aufgaben von den Landeskirchen zum Teil überhaupt nicht wahrgenommen werden können.

### Das Problem der Kerngemeinde

Es wurde eingangs schon bemerkt, daß wir in Deutschland mit dem Problem der Laienaktivierung z. Z. nicht recht vorankommen. Die Laienfrage wird überall so un-



ermüdtlich diskutiert, daß bisweilen fast der Eindruck entsteht, das Gerede diene als Alibi und sichere den Status quo, d. h. den bürokratischen Einmannbetrieb in der Gemeinde.

Eine Entwicklungslinie zeichnet sich, wie mir scheint, überall sehr deutlich ab: die Überzeugung greift um sich, daß die kirchliche Zukunft mit von der Entscheidung bestimmt sein wird, ob es gelingt, den Gläubigen einen verantwortungsvollen Platz in der Kirche zu geben, die Hörergemeinden in solche zu verwandeln, die ein Subjekt sind, weil sie aus Gliedern bestehen, die einen Willen und eine Meinung haben und das Gemeindeleben selber tragen. Die Wiedergewinnung lebendiger Gemeinden erscheint als vordringlich. Das machte die oft zitierte Veröffentlichung von Reinhard Koester über „Die Kirchentreuen“ deutlich: Keine Rede davon, daß die Kerngemeinde im allgemeinen eine Art eiserner Garde der Kirche ist, die als solche einsatzfähig oder auch nur einsatzwillig wäre. Es handelt sich auch nicht um wachsende oder entwicklungsfähige Zellen, eher um den windstillen Mittelpunkt einer Zentrifuge, an dem sich allerlei Bruchstücke ansammeln, die von der Fliehkraft nicht ergriffen wurden. Eine solche Veröffentlichung kann zeigen, daß die kirchliche Arbeit, wo sie, oft mit einigem Pathos, auf die Kerngemeinde ausgerichtet ist und auf ihr aufbauen will, keinen Erfolg haben kann, weil nämlich Kerngemeinde ein leerer Begriff ist.

Es gilt auch für Deutschland ganz allgemein, was in Neu-Delhi unter dem Thema „Die missionarische Struktur der Gemeinde“ einmütig festgestellt wurde: Die Gemeinden sind sich ihrer Diasporalage nicht bewußt und können ihre missionarischen Aufgaben durchweg nicht erfüllen. Das zeigt sich uns in der Seelsorge und in den Fällen, wo die Mission an einzelnen, bis dahin unchristlichen Mitbürgern Erfolg gehabt hat. Erst auf der letzten EKD-Synode wurde von der Hauptgeschäftsstelle der Inneren Mission und dem Evangelischen Hilfswerk ein Arbeitsbericht vorgelegt, dem zu entnehmen ist, daß die so vielversprechende Telephonseelsorge deshalb in überaus schwieriger Lage ist und den vollen Erfolg ihrer Tätigkeit oft nicht erreicht, weil wir keine Gemeinden haben, auf die sie verweisen kann, und die auch fähig wären, einen Menschen tatsächlich bei sich aufzunehmen. Der Weg der missionarischen Verkündigung kann in dieser Lage nicht direkt in die Welt hineinführen, sondern müßte zunächst einmal über die Gemeinde laufen. Die Frage heißt also nüchtern: Wie müßte die Gemeinde strukturiert sein, um die Verkündigung des Evangeliums zu unterstützen und nicht vielmehr zu hindern? Diese Besinnung ist heute im Gang.

### **Verteilte Verantwortung**

Wir möchten auf die sattsam bekannte Laiendiskussion nicht weiter eingehen. Aber auf eine verheißungsvolle Beobachtung soll hingewiesen werden: Wo kirchliche Arbeit ernsthaft zu werden verspricht, finden sich hilfswillige und tatsächlich auch einsatzfähige Menschen, von denen vorher nichts zu sehen war. Tatsächlich gibt es mehr Christen, als die toten Gemeinden vermuten lassen. Es gibt Menschen, die zur Kirche Distanz halten, nicht aus Unglauben, sondern weil sie im Normalbetrieb keinen verantwortlichen Platz finden konnten. Sie warten darauf, sich engagieren zu können und engagiert zu

werden. Unter diesen Umständen ist es eine Aufgabe, das außerhalb der Kirche vorhandene „Potential“ zu finden und für die kirchliche Arbeit zu gewinnen. Dies können wir mit unseren Gottesdiensten allein nicht erreichen. Das Mittel, dessen wir uns, wie Beispiele zeigen, immer mit dem besten Erfolg bedient haben und bedienen werden, heißt: Ermöglichung und Dezentralisation von Verantwortung. Es ist eine Tatsache, daß nichts so unmittelbar hilft wie Gefordertsein, nichts so sehr zerstört und korrumpiert wie unverbindliches Gerede. Das Geheimnis wird also darin liegen, die Menschen mit Arbeit und Verantwortung zu betrauen, nicht mit scheinbarer Verantwortung!

Die schönste Möglichkeit einer verantwortlichen Beteiligung von Gemeindegliedern bietet sich in den jetzt zahlreich werdenden Krankenbesuchskreisen.

Hier, meine ich, ist ein Weg angezeigt aus der Not der Gemeinden, die so oft nach Aufgaben suchen, ohne sie in der komplett erscheinenden Wohlfahrtsgesellschaft zu finden. Hier zeigt sich zugleich die Möglichkeit, daß wir wieder in größerer Zahl zu einem regelmäßigen geistlichen Rhythmus gelangen, daß das Leben einen Schwerpunkt gewinnt, der früher häufiger war. Diese Notwendigkeit empfinden wir heute in Deutschland allgemein. Die Kirche ist hier vielen hilfreich gewesen durch die Einrichtung von Retraiten.

### **Bildung überschaubarer Gruppen**

Neben den landeskirchlichen Hilfen sind hier auch viele bruderschaftsartige Kreise zu erwähnen. Ihre Entwicklung scheint verheißungsvoll, denn hier wird mit dem geistlichen Einmannbetrieb Schluß gemacht. Das Mißtrauen, mit dem man sie einst betrachtete, ist überall im Schwinden. Man weiß heute, daß geistliches Leben nur in überschaubaren Gruppen gedeiht. Kleine Gruppen sind also keine Konkurrenz für die anonymen zusammenhaltlosen Gemeinden, sondern eine Chance für sie. Sie lösen die Gemeinde nicht auf, sondern verwirklichen innerhalb ihres Rahmens die erwünschte Individualisierung und bereichernde Gruppierung.

Die Konzentrierung der kirchlichen Arbeit auf das Ziel, die christliche Botschaft den Zeitgenossen nahezubringen, ist nichts Neues. Neu ist aber das Bewußtsein, daß dies eine umfassende Kenntnis unserer kirchlichen und gesellschaftlichen Situation voraussetzt.

### **Notwendigkeit der Bewußtseinsbildung**

Im allgemeinen haben wir in dieser Hinsicht noch nicht genug getan. Die Bewußtseinsbildung in breiteren kirchlichen Schichten und in den leitenden Positionen ist die Voraussetzung dafür, daß die kirchliche Lage illusionslos erkannt wird. Hier sind uns die Franzosen weit vorausgeeilt. Die kirchliche Bewußtheit ist dort in den Kirchen allgemeiner. Protestanten wie Katholiken tragen die Probleme der kirchlichen Strategie immer wieder dem Kirchenvolk vor. In den neueren Darstellungen des römischen Katholizismus wird dem Leser ständig vor Augen gehalten, welche Aufgaben nunmehr für die Kirche als ganze und für den einzelnen Christen jeweils anstehen. Diese Arbeit hat innerhalb von nur 50 Jahren sichtbare Erfolge erzielt.

Wir sind trotz kräftig anlaufender Arbeit hier noch am Anfang. In erster Linie müssen die Bemühungen der



evangelischen Akademien genannt werden, einem breiten Publikum die Möglichkeit der Information und der Aussprache über die kirchlichen Nöte zu bieten. Auf dieser Linie liegt auch die Einrichtung spezialisierter Institute, z. B. für Diakoniewissenschaft, oder der Sozialakademien: Ein großer Teil ihrer Aufgabe besteht in der Aufklärung der kirchlichen Mitarbeiter über die gesellschaftliche Lage, in welcher sich die Kirche tatsächlich befindet, bevor darüber hinaus kirchlicher Stoff im engeren Sinne vorgetragen wird.

Es genügt nicht, daß einige Kommissionen sich mit den Ergebnissen solcher Untersuchungen befassen. Die Bedeutung der „propagandistischen Aufgabe“ ist vielmehr deshalb so groß, weil die Not der Glaubensgenossen z. T. auch in der scheinbaren Planlosigkeit der kirchlichen Arbeit beruht, in dem berechtigten Gefühl mangelhafter Integration, auf dem Eindruck, daß man weder genau wissen könne, wo wir stehen, noch etwas im weiteren Sinne Planvolles zu tun vermöge. Das schafft die verbreiteten Erscheinungen der Enttäuschung und Ermüdung, die bei „Kirchentreuen“ beobachtet werden können.

### Sind Gemeinden Keimzellen oder Restbestand?

Aufklärung verspricht Hilfe. Sie läßt die Ziele erkennen. Sie macht zugleich bescheidener und gewisser, weil sie die Begrenztheit, aber auch die Bestimmtheit der kirchlichen Möglichkeiten offenbar macht.

Illusionen sind deshalb so gefährlich, weil sie es den Kirchen erschweren, die noch vorhandenen Bestände traditioneller Kirchlichkeit als das zu sehen, was sie sind: nicht hoffnungsvolle Keimzellen, sondern ein wertvoller Restbestand, Inseln, die in der Flut der Säkularisierung sicher nicht wachsen, sondern abbröckeln werden. Die Bewusstseinsbildung erscheint schließlich deshalb besonders wichtig zu sein, weil wir nicht hoffen dürfen, andere Kräfte als die Gravitation in der Kirche wirken zu sehen, solange wir nicht wissen, worauf es praktisch ankommt. Daß wir dann vielleicht auch wieder klarer sehen, worauf es geistlich ankommt, was das Wesen unseres evangelischen Glaubens ist, das ist die dahinterstehende Hoffnung. Im saturierten und gesicherten Wohlfahrtsstaat ist das positive Bekenntnis schwer. Aber wenn wir unsere soziale und „strategische“ Lage erkennen und durchdenken, dann werden wir vielleicht auch wieder mit mehr Klarheit wahrnehmen, was die christliche Gemeinde von der Welt unterscheidet. Die Erkenntnis ihrer Besonderheit und Ausnahmesituation, das Bewußtsein, in der Minderheit zu leben, kann die im Wohlfahrtsstaat resignierenden Gemeinden stärken.

### Der kirchliche Hochbetrieb

Unsere Frage nach den Entwicklungstendenzen der Kirche findet nicht nur erfreuliche Antworten. Die Notwendigkeit, die materiellen Schäden des Krieges auszubessern, führte vielfach zu einer Betriebsmeierei und Bautätigkeit, die — natürlich gut gemeint — das Ansehen der Kirche geschädigt hat. Es gilt heute weitgehend, was vor 30 Jahren boshaft gesagt wurde: Man erkennt die Kirche an der heraushängenden Zunge, überall läuft sie mit. Der pausenlose Betrieb hindert zudem die Pfarrer allzu oft an geistlicher Arbeit. Zu viele Gemeinden kennen regelmäßige Seelsorge nicht mehr. Die Hilf-

losigkeit vieler Geistlicher angesichts von Seelsorgeproblemen zeigt, daß solche Arbeit nicht zum regulären Repertoire ihrer Betätigung gehört. Die Not besteht auch darin, daß die Geistlichen geschoben werden, in Verwaltungskram aufgehen und zur geistlichen Arbeit nicht kommen. Die Einheitlichkeit der Kritik, die die Kirche von innen und außen erfährt, sollte uns nachdenklich stimmen. Immerhin wird man sagen müssen, daß die evangelische Kirche sich am konjunkturbedingten politischen Rummel nicht nur widerstrebend, sondern auf Ganze gesehen gern beteiligt hat.

### Die Konfessionalisierung

Drohend erscheint vielen die Beteiligung an der Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens im Schlepptau der römisch-katholischen Kirche. Diese Beteiligung hat der evangelischen Kirche in den weitesten Kreisen den Ruf eingebracht, den Klerikalismus stark zu fördern. In der Tat hat sie sich nicht als die Verteidigerin der Freiheit bewährt, wozu sie berufen ist.

Mir scheint, wir folgen hier ungewarnt den Pfaden des französischen Katholizismus von vor sechzig Jahren, die zur Katastrophe von 1905 führten — und zur Besinnung eines Besseren. Deutschland ist heute ein weithin unchristliches Land. Das hat nicht gehindert, nach dem Kriege wieder weite Bereiche des öffentlichen Lebens zu konfessionalisieren. Das bedeutet, daß man sich in solchen Bereichen nur dann ohne Disqualifizierung bewegen kann, wenn man als Protestant oder Katholik ausgewiesen ist. Für die politische Karriere gilt es weitgehend, auf andere Berufe greift der Krebs über. Es gibt keinen gesellschaftlichen Raum für die doch so verbreiteten Atheisten.

Eine gewisse Tradition hat die Konfessionalisierung in einigen Bundesländern auf dem Schulsektor. Da eine wirkliche christliche Überzeugung nur in Ausnahmefällen vorausgesetzt werden kann, bedeutet dieses System eine Art Zwang zum Lippenbekenntnis. In solchen Fällen, wo ungläubige Bürger aus ihrem Herzen ausnahmsweise keine Mördergrube machten und sich als Dissidenten deklarierten, hat das wiederholt zu Skandalen geführt. Ein besonders krasses Beispiel lieferte ein junges Mädchen, das sich dem Lehrerberuf widmen wollte, der bekanntlich an Nachwuchsmangel leidet. Sie wurde an der Verwirklichung ihrer Pläne verhindert, weil sie nicht bereit war, sich pro forma — was ihr allen Ernstes geraten wurde — entgegen ihrer Überzeugung als evangelisch oder katholisch auszugeben. Das Land Rheinland-Pfalz, wo der Fall spielte, ist so christlich, daß es auch nur ebenso christliche Lehrer erträgt. Noch mehr: Auch der verfassungsrechtlich garantierte Weg zum Beruf einer Privatschullehrerin war der Studentin versperrt, weil nämlich die christlichen Lehrerrakademien das Ausbildungsmonopol für Lehrer haben. Das Land bot der Studentin sogar Geld, wenn sie verziehen und anderwärts ihren gottlosen Studien nachgehen wollte. Sie blieb aber hart und prozessierte jahrelang, bis das Bundesverwaltungsgericht in Berlin ihr den Zugang zum Studium erzwang. Aber welches junge Mädchen wird vier Jahre kämpfen und dann eine ganz bestimmt höchst ungünstige Karriere beginnen, wenn es mit einem Lippenbekenntnis so viel einfacher geht?



## Prämien für Lippenbekenner?

Es ist selbstverständlich, daß Christen sich zu allen Zeiten bemühen, solche Lehrkräfte von der Erziehung der Schuljugend auszuschließen, welche eine christliche Erziehung stören würden. Dieses Bemühen ist legitim. Wir meinen aber, daß das konfessionelle Regime, so wie es in der Bundesrepublik ausgebaut wird, nicht geeignet ist, diesem Zweck zu dienen, daß es ihm vielmehr schadet, denn es ist kein absoluter Schutz gegen un- oder anti-christliche Lehrer. Es zwingt nur zur Beobachtung gewisser, oft ganz äußerlicher Bräuche, wie zum Beispiel der Bezahlung der Kirchensteuer. Oft führt es zur Verbitterung der Lehrer, weil zu deutlich ist, daß die christliche

---

*Ob wir jetzt am Eingang einer großen religiösen Krisis stehen, wer vermag es zu ahnen? Ein Kräuseln auf der Oberfläche wird man bald inne werden — aber erst in Jahrzehnten, ob eine Grundveränderung vorgegangen.*

Jacob Burckhardt,

*Weltgeschichtliche Betrachtungen, 1871*

---

Attitüde als solche belohnt wird. Die zahllosen Namenschriften werden ohne Gefährdung ihrer Karriere mitgeschleppt, aber für den Überzeugungsaußenseiter ist kein Platz da.

Hier erhebt sich die Frage, ob es unter diesen Umständen nicht Aufgabe der evangelischen Kirche wäre, für die Freiheit und das Lebensrecht — nicht des Unglaubens, aber der Ungläubigen einzutreten. Die evangelische Kirche hat sich gebietsweise auch damit einverstanden erklärt, konfessionslose exkatholische Lehrer, denen sonst nur die Auswanderung in ein anderes Bundesland geblieben wäre, auf solche Stellen setzen zu lassen, die für evangelische Lehrer bestimmt waren. Diese Art der Hilfe erscheint mir die für uns Protestanten allein mögliche Antwort. Im großen Ganzen hat die evangelische Kirche hier aber zu wenig getan und sich auch noch nicht zu einem der Größe des Ärgernisses angemessenen grundsätzlichen Protest herbeigelassen. Sie hat sich im Gegenteil in den meisten Fällen herbeigelassen, trotz des Angebotscharakters des Evangeliums die Mitgliedschaft in der Kirche praktisch zu einer Voraussetzung ungehinderter sozialer Tätigkeit zu machen. So wird es fast unmöglich, Nichtchristen davon zu überzeugen, daß wir die Freiheit wollen und Überzeugung dem Lippenbekenntnis vorziehen.

Die Gefahr, die wir zu sehen meinen, besteht darin, daß unsere Gemeinden auf dem eingeschlagenen Weg nicht darauf vorbereitet werden, sich auf eine Bewährung zu rüsten, deren Eintreten keineswegs völlig unwahrscheinlich ist. Wir leiden auch daran, daß wir diese Probleme nicht innerhalb der Kirche ernsthaft debattieren und zu Ende denken. Statt dessen übernehmen wir gewöhnlich den römisch-katholischen Sprachgebrauch, wonach Ge-

meinsamkeit der konfessionell unterschiedenen Volksteile mit Indifferenz gleichgesetzt wird; von da aus erscheint dann nur noch eine Konsequenz möglich, nämlich die der Konfessionalisierung und Segregation.

Unter diesen Umständen ist es kein reiner Zufall, daß die evangelische Kirche nicht als Beschützerin der Gewissensfreiheit angesehen wird — was sie doch sein will und soll. Es wird ihr auch gar so großes Unrecht nicht antan, wenn sie bisweilen dem Vorwurf des Klerikalismus ausgesetzt ist. Daß sie damit in Widerspruch zu sich selbst tritt, entschuldigt sie nicht, sondern verschärft den Vorwurf.

## Die kirchliche Ordnung muß sich rechtfertigen

Wir haben nun eine Anzahl von Nöten und Mängeln der evangelischen Kirche betrachtet, Aufgaben und Herausforderungen, denen sie gegenübergestellt ist. Es erhebt sich abschließend die Frage, ob die evangelische Kirche in ihrer gegenwärtigen Gestalt diesen Anforderungen gewachsen ist, oder ob nicht vielmehr ein Strukturwandel erforderlich ist. Diese Frage müssen wir an die Kirchen als verfassungsmäßige Institution richten, also an unsere Landeskirchen. Ein Grundsatz dürfte bei der Erörterung von vornherein klar sein: Keine Kirche darf sich heute auf den puren Legalitätsstandpunkt stellen. Zwar ist die Kirchenordnung — lutherisch gesprochen — ein Adiaphoron. Aber die rechtliche Ordnung erfordert — das wird heute von niemand mehr bestritten — gleichwohl eine Rechtfertigung von innen her. Die Kirche muß sich nicht nur vor sich selber legitimieren, sondern auch vor der sozialen Welt, in der sie wirken will, vor den Aufgaben, die ihr gestellt sind, vor der Ökumene, die für Recht und Rechtslage unserer Kirchen Bedeutung hat. Keinesfalls darf die kirchliche Ordnung die Bewältigung der gestellten Aufgaben hindern.

Nach dem Krieg schien der Aufbau von der „Theologischen Erklärung von Barmen“ her klar. Es bestand die Notwendigkeit, das Kirchenrecht vom Bekenntnis her neu zu begründen. Der positive Ansatz war deutlich. Bald aber mußte man die bedrückende Beobachtung machen, daß die unter Berufung auf das Bekenntnis aufgebauten Kirchenordnungen tiefgehende Verschiedenheiten aufwiesen, im Gegensatz zur vermeintlichen Eindeutigkeit der aufgegebenen Gestaltung. Es zeigten sich auch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten gerade in den Gebieten, die früher in Fragen der Kirchenverfassung führend gewesen waren (Rheinland, Westfalen).

Heute sind die Landeskirchen nach anfänglichem Zweifel mancherlei Art unbestritten Grundlage jedes kirchlichen evangelischen Lebens. Es stellt sich uns aber die Frage, „ob nicht die Horizonte, innerhalb deren diese Aufbauarbeit getan wurde, geographisch und sachlich zu eng genommen wurden, so daß in ihnen der kirchengeschichtliche Anschauungsstoff nicht in seinem Reichtum, die theologischen Gegensätze nicht mit der ganzen Fülle ihrer ordnungspolitisch wichtigen Argumente zu Geltung kamen“ (Smend). Der ganze Reichtum der Anschauung, der Gesichtspunkte, der Argumente, den die Ökumene hier erschließt, hat auf die deutsche Aufbauarbeit nach 1945 wenig eingewirkt. Die Pflicht, auf die Brüder auch in Fragen der Kirchenordnung zu hören,



galt dabei als ein Ertrag des Kirchenkampfes. Ökumenische Gründung und Vertiefung kirchlicher Ordnungsarbeit ist als ein wesentlicher Legitimitätsfaktor kirchlicher Ordnung zu betrachten.

### Partikularismus der Landeskirchen

Demgegenüber hat sich in den Landeskirchen entgegen manchen ursprünglichen Erwartungen die partikularistische Konzeption erhalten und sogar verstärkt. Sie behielten den Umfang von 1918, der bis dahin durch den Summepiskopat gerechtfertigt gewesen war. Wir lieben natürlich die Vielfalt der landeskirchlichen Eigenarten und Traditionen. Sie haben auch ihr Recht, aber in Grenzen. Sie dürfen nicht dazu führen, daß bei uns im Gegensatz etwa zu den USA, wo jedermann täglich optiert, niemand zu irgendeiner Option jemals aufgefordert wird. Das Beharrungsvermögen erscheint als die erste Kraft im kirchlichen Leben. Dabei ist es schwierig, die Substanz des Beharrungsvermögens zu beschreiben und seinen Sitz aufzuzeigen.

Warum haben siebenundzwanzig alte Landeskirchen wieder fröhliche Urständ gefeiert? Fatalerweise muß doch festgestellt werden, daß eine Reihe von Bundesgliedern der EKD keine legitime Gesetzgebungspotenz mehr haben. Das landeskirchliche System hat hemmende Auswirkungen auf die kirchliche Arbeit nach innen, die Umstrukturierung der Aufgaben und sie hat eine ungewünschte „Außenwirkung“. Die Landeskirchen haben in ihrem Gebiet immer noch ein Quasimonopol der geistlichen Arbeit. Ihre Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten sind trotz der fortgeschrittenen Entchristlichung sogar noch angewachsen. Die den Kirchen gestellten Aufgaben können aber nur in größerem Rahmen sinnvoll in Angriff genommen werden. Dabei müssen die Bundesglieder der EKD eine gewisse Mindestgröße haben, einfach, weil es sonst nicht geht. Wird ein Mindestmaß von der Kirche nicht erreicht, so leidet die kirchliche Arbeit. Es gelingt dann nicht, was die „Abschichtung der Aufgaben“ genannt worden ist. Damit ist gemeint, daß unser System davon ausgeht, daß jede Kirche quasi souverän ist und dementsprechend alle in ihrem Gebiet anfallenden Aufgaben selber bewältigen kann. Das ist aber bei einer Reihe von Kirchen gar nicht mehr der Fall. Wir haben immer noch Kirchen, deren Bestand nicht ein Zehntel einer hannöverschen Superintendentur umfaßt. Sie sind zu klein, um Predigerseminare oder Werke der inneren Mission zu unterhalten, gelten aber nicht als zu klein, um große Kirchenpolitik zu treiben.

Und wie können solche Zwergkirchen dem Staat als quasisouveräne Gebilde gegenüberreten, um, wie es in einigen Landesverfassungen heißt, in gemeinsamer Verantwortung mit ihm das öffentliche Leben zu tragen? Tatsächlich sind die Kirchen heute in beängstigendem Maß als Träger des sozialen Lebens eingepflanzt. Welche Schwierigkeiten technischer Art sich allein schon aus den neuen für die Kirchen bedeutsamen Sozialgesetzen ergeben, bleibe jetzt beiseite. Muß man aber nicht erschrecken, wenn man erfährt, daß es unter diesen Umständen Kirchen gibt, die tatsächlich nicht in der Lage sind, die erforderlichen Fachkräfte auch nur zu bezahlen? (Es gibt keinen Finanzausgleich zwischen den Landeskirchen!).

Die Kompetenzen der EKD sind mit Rücksicht auf den uneinheitlichen Bekenntnisstand in Deutschland stark begrenzt. Unsere Ordnung geht aber davon aus, daß die Landeskirchen die ausgesparten Aufgaben übernehmen. Hierzu sind sie z. T. konstitutiv nicht in der Lage — und daraus resultieren zahllose Ungereimtheiten.

### Kirchliche Ordnung ist versteinert

Neben der Beeinträchtigung der kirchlichen Arbeit ist die auf historischen Zufall basierende kirchliche Ordnung noch aus einem anderen Grunde unglücklich: Sie erweckt einen unzutreffenden Eindruck von dem, was die Kirche ist. Es ist z. B. schade, daß der kirchliche Dienst in den Landeskirchen nicht einheitlich geregelt ist. Selbst dort, wo die staatlichen Dienst- oder Besoldungsgesetze übernommen werden, streicht jede Kirche nach Belieben ein paar andere Bestimmungen heraus. Die eine Kirche schließt einen Tarifvertrag ab, die andere nicht. Die Abkapselung der Kirchen macht die Arbeitsverhältnisse unklar. Das ist beispielsweise für die Gemeindehelferinnen schlimm. Durch die Unübersichtlichkeit bleibt (uns innerhalb der Kirche vielleicht noch mehr als den Draußenstehenden) verborgen, wie ungünstig ihre Lage vielfach ist. Daß wir gegen die Ausbeutung hier nicht lauter protestieren, liegt daran, daß wir sie nicht kennen.

---

*Eines ist gewiß: Jede Gemeinschaft mit Gott führt zum Nächsten. Das Zeichen der Glaubwürdigkeit jedes inneren Lebens, d. h. jeder Verbindung mit Jesus Christus, ist die Entdeckung des Nächsten. Und wenn der Nächste aus unserem Gespräch mit Jesus Christus verschwindet, dann richtet sich unsere Liebe zu Gott vielmehr an eine mythische Gottheit ohne Beziehung zu unserem Menschsein. Die Seele des Menschen, der ohne Gott lebt, verzehrt sich in der Liebe, die des Christen erstickt, wenn die Liebe zu Gott die Liebe zum Nächsten nicht einschließt.*

Roger Schulz  
Das Heute Gottes  
Freiburg 1963

---

Wir leiden also an der Unübersichtlichkeit der Rechtslage, welche aufs Ganze gesehen nicht nur einen Zopf darstellt, sondern die moderne Entwicklung kirchlicher Arbeit an vielen Stellen nachweislich hindert, wenn nicht gar blockiert. Parzellierung in einer Zeit, in der alles auf Einheitlichkeit und Großräumigkeit drängt! Es ist unheilvoll, wenn wir den Blick auf das Gebiet der Landeskirchen einschränken, anstatt diese mit ihren regionalen Eigentümlichkeiten als eine Untergliederung einer größeren Einheit zu verstehen.



Es ist hier lehrreich zu sehen, daß die Landeskirchen im sowjetischen Bereich in betontem Gegensatz zur chaotischen Unklarheit des staatlichen Rechts und der hieraus resultierenden Rechtsunsicherheit ihr kirchliches Rechtsleben pflegen. Sie bieten ein Bild der Ordnung, das deutlich macht, daß hier jeder auch zu seinem Recht kommt. Auf diese Weise läßt sich zeigen, wie Christen rechtlich miteinander umgehen.

Dies muß entsprechend auch für die Bundesrepublik bedacht werden. Die Kirchen sind in so hohem Maße in das staatliche Leben eingefügt, daß kirchliches Privatisieren unmöglich wird. Unter diesen Umständen ist es nicht überflüssig, diese technischen Dinge so stark in den Vordergrund zu rücken. Wir brauchen eine saubere Verwaltung und ein vorbildliches Wuchern mit den vom Staat so reichlich anvertrauten Pfunden. Wir müssen für die kirchlichen Mitarbeiter Arbeitsbedingungen schaffen, die keine Schande sind. Das gäbe der evangelischen Kirche die Möglichkeit zu zeigen, wes Geistes Kind sie ist und was Christen unter sozialer Ordnung verstehen. Es ist nicht gleichgültig, wie sie z. B. mit ihr anvertrautem Geld umgeht. Vielleicht ruhen in solchen scheinbar nebensächlichen Dingen zur Zeit größere Missionschancen als in unseren Männerabenden. Es wird nichts übrigbleiben, als eine institutionelle Reform anzustreben. Von selbst kommt sie nicht. Nichts drängt dahin. Im Gegenteil droht jeder Zwang zur Verhärtung historischer Besitzstandsbehauptungen zu führen, wobei dann die jeweilige Spielart provinzieller Versauerung womöglich noch jeweils als ein spezifischer Beitrag der betreffenden Kirche ausgegeben wird!

### Reformbemühungen

Drei Ansätze in der angedeuteten Richtung sind heute erkennbar geworden. Sie sollen abschließend skizziert werden. Dabei soll deutlich werden, daß die hoffnungsvollen Veränderungen der kirchlichen Arbeit auf unterer Ebene nicht ohne Folgen für den Verfassungsaufbau der Gesamtkirche bleiben können.

1. Einmal wird natürlich versucht, überregionale Aufgaben im Rahmen der EKD zu lösen. Innere Mission, Evangelisches Hilfswerk, Studenten- und Militärseelsorge sind zwar innerhalb der Landeskirchen, aber im Zusammenhang organisiert. Ob die störenden Grenzen auf diese Weise überspielt werden können, ist eine andere Frage.

Beispielgebend erscheint die Arbeitsgemeinschaft der Landeskirchen in Niedersachsen. Das Land Niedersachsen weigerte sich seinerzeit, mit den fünf Kirchen in seinem Bereich getrennte Kirchenverträge abzuschließen. Der Loccumer Vertrag betrifft alle Kirchen des Landes. Hierbei bleibt es ihnen z. B. überlassen, die Staatsleistungen untereinander aufzuteilen. Das ist in einer für die kleinen Kirchen günstigen Weise erfolgt. Die Notwendigkeit der Koordination beim Vertragsschluß hat zu regelmäßiger Beratung zwischen den fünf Kirchen geführt. Die dort entstandene Atmosphäre des Vertrauens erlaubt es der größeren Kirche, den kleineren über konfessionelle Grenzen hinweg zu helfen und ihre Schwierigkeiten zu überwinden, ohne daß diese Angst haben oder sich bedroht fühlen müssen. Das Vorhandensein von

Männern, deren Blick über die landeskirchlichen Grenzen hinausgeht, und die persönliche Nähe zwischen ihnen erlaubt es ihnen mehr und mehr, die landeskirchlichen Grenzen in behutsamen Zusammenwirken zu überspielen.

2. Eine völlige Neuordnung der überkommenen landeskirchlichen Verhältnisse wurde in Angriff genommen im nordelbischen Gebiet. Dazu gehören die Landeskirchen von Schleswig-Holstein, Eutin, Lübeck und Hamburg, welche sich gegenseitig durch historische Grenzen stark behindern. Lübeck und Eutin sind zudem zu klein, um als sinnvolle Einheiten gelten zu können. Im Augenblick stocken die Arbeiten aus verschiedenen Gründen. Diese vielleicht aussichtsreichste Konzeption einer Neuordnung ist darauf aus, das ganze Gebiet in einer Provinz zusammenzufassen, die dann eine arbeits- und leistungsfähige Kirche darstellen würde. Untergliederungen im Sprengel sollen andererseits die Mittelinstanz stärker ausbauen, so daß die Seelsorge in überschaubaren Seelsorgebezirken geleistet werden kann.

### Notwendigkeit institutioneller Kirchenreform

3. Bedeutet der Reformanlauf mit seiner grundsätzlichen Entschiedenheit auch ein vielversprechendes Zeichen, so dürfte die institutionelle Reform im allgemeinen doch schwerlich von selbst in Gang kommen. Man muß etwas dafür tun. Aus diesem Grunde wurde die Arbeitsgemeinschaft „Kirchenreform beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“ ins Leben gerufen. Sie tagt in Kommissions- und Plenarsitzungen — übrigens ohne kirchliche Gelder für Reise- und Tagungskosten zu beziehen. Notwendigerweise muß die erste Arbeit in kleinem Kreise geschehen. Sobald als möglich wird sie aber die Öffentlichkeit suchen. Denn es wird als Hauptaufgabe betrachtet, Resonanz zu suchen und eine Plattform für die Reformdiskussion in Deutschland zu schaffen. Die Reform ist in vieler Munde, bislang aber ohne jede Wirkung. Vielleicht, weil es an einem Kristallisationspunkt für die Reformwünsche mangelt. Der Dortmunder Kirchentag im Juli stand in einem überraschenden Ausmaß im Zeichen der Reform: Zwei Referate hatten die Kirchenreform im Sinn der Arbeitsgemeinschaft zum Gegenstand. Aber auch sonst brach dies Thema immer wieder durch: Wir wissen heute, daß man nicht von einzelnen „Laien“ verlangen kann, was nur die Gesamtkirche zu leisten vermag. Die kirchlichen Nöte werden durch eine Reform auch nicht schlagartig behoben werden können. Umgekehrt erscheint die Heilung der Mängel aber unmöglich, solange das landeskirchliche System in der gegenwärtigen Form die planvolle Zusammenarbeit immer wieder stört. Die Arbeitsgemeinschaft für Kirchenreform hat kein Monopol für die Reformdiskussion. Sie versteht sich als ein beispielhafter Vorstoß, als ein Versuch, die unzweifelhaft erforderliche Kirchenreform in Gang zu bringen.

Wohin also deuten die Entwicklungslinien unserer Kirche? Ich würde sagen: Auf die Wiedergewinnung und Neubelebung unserer Gemeinden. Auf Ausrichtung der kirchlichen Arbeit durch neuartige und gezielte Formierung der Gläubigen. Schließlich auf Überwindung überkommener hindernder Grenzen durch vernünftiges Zusammenspiel, durch Überspielen der Grenzen in vertrauensvoller Zusammenarbeit. Und auf geplante Reform der kirchlichen, rechtlichen Gesamtstruktur.



# Brief aus dem Gefängnis von Birmingham

Martin Luther King

*Während der kürzlichen Krise in Birmingham hatten acht führende Geistliche des Staates Alabama — Protestanten, Katholiken und Isrealiten — in einer formellen Erklärung die Protestaktion der Neger als „unklug und unzeitig“ bezeichnet und sie forderten ihre eigenen Negergemeinden auf, „die Demonstrationen nicht zu unterstützen und sich auf lokaler Basis für die Arbeit an einem besseren Birmingham zusammenzuschließen“.*

*Der Führer der gewaltlosen Bewegung, Pastor Martin Luther King, bekam diesen Aufruf in einer Zelle des Stadtgefängnisses von Birmingham zu Gesicht. Handschriftlich beantwortete er ihn in einem Brief, dessen Übersetzung der Monatsschrift „Junge Kirche“ (Nr. 9/1963) entnommen wurde.*

Seit Jahren habe ich das Wort „wartet“ gehört. Es liegt jedem Neger mit penetranter Vertrautheit im Ohr. Dieses „Wartet“ hat im Grunde stets nur „Nie“ bedeutet. Es war ein beruhigendes Thalidomid, das den Aufruhr der Gefühle für kurze Zeit besänftigte, aber nur, um die Mißgeburt einer neuen Enttäuschung in die Welt zu setzen. Wir müssen zu der Erkenntnis jenes hervorragenden Juristen einer früheren Zeit gelangen: „Zu lange aufgeschobene Gerechtigkeit ist aufgehobene.“

Wir haben während mehr als dreihundertundvierzig Jahren auf unsere verfassungsmäßigen und gottgegebenen Rechte gewartet. Die Nationen Asiens und Afrikas nähern sich mit Düsenbeschwindigkeit ihrem Ziel politischer Unabhängigkeit, und wir kämpfen noch mühsam für das Recht auf eine Tasse Kaffee in einer Stehbar. Ich vermute, es ist für alle, die nie die verletzenden Pfeile der Rassentrennung am eigenen Körper gespürt haben, ein zu Leichtes, ihr „Wartet“ zu sagen.

Aber wenn Du gesehen hast, wie ein verworfener Mob Deinen Vater und Deine Mutter gelyncht und Deine Brüder und Schwestern ertränkt hat; wenn Du gesehen hast, wie haßerfüllte Polizisten Deine dunklen Brüder verfluchen, mit Füßen treten, mißhandeln und sogar umbringen; wenn Du die große Mehrheit Deiner zwanzig Millionen Negerbrüder in einem hermetisch abgeschlossenen Käfig der Armut ersticken siehst — umgeben von einer wohlhabenden Gesellschaft; wenn Dir plötzlich die Zunge schwer wird und wenn Dir die Sprache stockt, da Du Deiner sechsjährigen Tochter zu erklären versuchst, warum sie nicht den soeben im Fernsehen propagierten Lunapark betreten kann, und wenn Du siehst, wie sich die kleinen Augen mit Tränen füllen, weil Du ihr sagen mußt, daß die Vergnügungsstadt farbigen Kindern verschlossen ist; wenn Du siehst, wie die bedrückenden Wolken der Minderwertigkeit am Horizonte ihres kleinen Geistes aufziehen; wenn Du siehst, wie sich ihr kindliches Wesen zu verzerren beginnt, weil sie eine unbewußte Bitterkeit gegen Menschen, die weiß sind, entwickelt; wenn Du eine Antwort suchen mußt für einen fünfjährigen Sohn, der mit qualvollem Pathos die Frage stellt: „Vater, warum behandeln weiße Menschen die farbigen so ge-

mein?“; wenn Du durch Dein Land fährst und Nacht für Nacht in den unbequemen Ecken Deines Wagens schlafen mußt, weil Dich kein Motel aufnimmt; wenn Du Tag für Tag durch verletzende Aufschriften „white“ und „colored“ gedemütigt wirst; wenn Dein erster Vorname „John“, Dein zweiter „Boy“ (egal welchen Alters Du bist) und wenn Dein Nachname „John“ wird und wenn Deiner Frau und Deiner Mutter nie die gebührende Anrede „Frau“ gegeben wird; wenn Du gefoltert wirst bei Tag und verfolgt bei Nacht durch die Tatsache, ein Neger zu sein; wenn Du keinen Augenblick weißt, was Dich im nächsten erwartet, gepeinigt von innerer Furcht und durch äußere Empörung; wenn Du Dich unablässig gegen das Gefühl, ein Herr Niemand zu sein, zur Wehr setzen mußt — dann kannst Du vielleicht verstehen, warum wir es schwierig finden, noch länger zu warten.

Sie drücken Ihre große Besorgnis ob unserer Bereitwilligkeit, gegen das Gesetz zu verstoßen, aus. Dies ist sicherlich eine begründete Sorge. Da wir die Leute so dringlich ermahnen, dem Entscheid des Obersten Gerichtshofes von 1954, der die Rassentrennung in Schulen für ungesetzlich erklärt, Folge zu leisten, ist es wohl doch eher seltsam und paradox, wie wir absichtlich gegen das Gesetz verstoßen. Man kann mit Recht fragen: „Wie können sie gleichzeitig die Verletzung des einen Gesetzes und den Gehorsam gegen das andere empfehlen?“ Die Antwort liegt in der Tatsache, daß es eben zwei Arten von Gesetzen gibt: gerechte und ungerechte. Ich würde dem heiligen Augustinus, daß „ein ungerechtes Gesetz überhaupt kein Gesetz ist“, beipflichten.

## Gerechte und ungerechte Gesetze

Jedes Gesetz, das die Persönlichkeit des Menschen fördert, ist ein gerechtes Gesetz. Jedes Gesetz, das die menschliche Persönlichkeit erniedrigt, ist ungerecht. Alle Rassentrennungsgesetze sind ungerecht, weil die Rassentrennung die menschliche Seele verwirrt und die menschliche Persönlichkeit zerstört. Aus diesem Grunde kann ich die Menschen auffordern, den moralisch richtigen Entscheid des Obersten Gerichtshofes zu befolgen und gegen die Vorschriften der Rassentrennung zu verstoßen, weil sie unmoralisch sind.

Wenden wir uns einem konkreten Beispiel gerechten und ungerechten Gesetzes zu. Ein ungerechtes Gesetz ist ein Kodex, den eine Mehrheit einer Minderheit auferlegt, ohne sich selbst an ihn zu halten. Hier wird die Ungleichheit legalisiert. Andererseits besteht ein gerechtes Gesetz in einem Kodex, den eine Mehrheit der Minderheit auferlegt, wenn die Mehrheit selbst gewillt ist, diesen Kodex zu befolgen. Hier wird Gleichheit legalisiert.

Ein nächstes Beispiel: Ungerecht ist ein Gesetz, das einer Minderheit auferlegt ist, ohne daß diese Minderheit die Möglichkeit hatte, mitzubeschließen. Wer könnte behaupten, daß die gesetzgebende Versammlung von Alabama, die Rassengesetze aufstellte, wirklich demokratisch gewählt worden wäre?



Das sind nur ein paar Beispiele gerechter und ungerechter Gesetze. Es sind Beispiele von Gesetzen, die nach außen hin den Eindruck erwecken, gerecht zu sein, die es aber in ihrer Anwendung durchaus nicht sind. Ich bin beispielsweise am Freitag wegen unerlaubten Demonstrierens verhaftet worden. An und für sich ist an einer Verordnung, die Demonstrationen einer Bewilligungspflicht unterwirft, nichts auszusetzen, aber diese Verordnung wird ungerecht, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Rassentrennung benützt wird und zur Verweigerung des ersten Grundrechtes auf friedliche Versammlung und friedliche Proteste.

Ich hoffe, Sie sehen die Unterschiede, die ich darzulegen versuche. Ich befürworte in keiner Weise die Umgehung und Bekämpfung von Gesetzen, wie das der fanatische Anhänger der Rassentrennung täte. Dies würde zur Anarchie führen. Wer ein ungerechtes Gesetz bricht, muß das offen und in Liebe tun (nicht haßerfüllt wie jene weißen Müller in New Orleans, die am Fernsehschirm „Nigger, Nigger, Nigger!“ schrien) sowie mit der Bereitwilligkeit, die Strafe dafür zu akzeptieren. Wer ein Gesetz verletzt, das er als ungerecht empfindet, und gewillt ist, die Gefängnisstrafe anzunehmen, weil er damit das Gewissen der Gesellschaft aufmerksam macht, bekundet in Tat und Wahrheit die höchstmögliche Achtung vor dem Gesetz.

Wir können nie vergessen, das alles, was Hitler tat, „legal“ war und daß alles, was die ungarischen Freiheitskämpfer taten, „illegal“ war. Es war in Hitlerdeutschland „illegal“, Juden zu helfen. Ich bin aber überzeugt davon, daß ich — hätte ich damals in Deutschland gelebt — meinen Mitmenschen trotz der „Illegalität“ beigestanden wäre. Lebte ich heute in einem kommunistischen Lande, in dem bestimmte christliche Grundsätze unterdrückt sind, würde ich wohl offen dafür eintreten, diesen antireligiösen Gesetzen zuwider zu handeln.

### Lauwarmes Einverständnis

Ich muß Ihnen, meine christlichen und jüdischen Mitbrüder, zwei aufrichtige Geständnisse machen. Erstens muß ich sagen, daß ich in den letzten Jahren von der Gruppe der „gemäßigten Weißen“ tief enttäuscht wurde. Ich bin beinahe zur bedauerlichen Auffassung gekommen, daß der größte Klotz am Bein des Negers, der um seine Freiheit kämpft, nicht die Mitglieder des „White Citizens Council“ und des „Ku-Klux-Clan“ sind, sondern der „gemäßigte Weiße“, der der „Ordnung“ geneigter ist als der Gerechtigkeit; der einen negativen Frieden (worunter er die Abwesenheit von Spannungen versteht) einem positiven Frieden (der in der Anwesenheit von Gerechtigkeit bestünde) vorzieht; der unablässig wiederholt: „Ich bin einverstanden mit Ihren Zielen, aber ich kann mit den Methoden direkten Handelns nicht einverstanden sein!“; der das väterliche Gefühl hat, er könne den Fahrplan für eines anderen Menschen Freiheit bestimmen; der an seiner Zeit vorbeilebt und dem Neger ständig rät, eine „bessere Jahreszeit“ abzuwarten. Halbes Verständnis Wohlmeinender ist deprimierender als das absolute Unverständnis Böswilliger. Lauwarmes Einverständnis ist sehr viel verwirrender als offene Ablehnung. Ich hatte gehofft, daß der „gemäßigte Weiße“ die jetzige Spannung im Süden nur als Übergangsphase von einem anstößigen negativen Frieden zu einem positiven Frie-

den, in dem alle Menschen die Würde und den Wert des Mitmenschen achten, begreifen würde. Wir, die wir uns auf Gewaltlosigkeit einlassen, schaffen die Spannung nicht. Wir bringen die verborgenen, bereits existenten Spannungen ans Licht.

Sie machten geltend, daß unsere Bewegung — obwohl sie friedlicher Natur sei — trotzdem verurteilt werden müsse, weil sie zu Gewalttaten führe. Kann diese Behauptung logischerweise überhaupt aufgestellt werden? Ist das nicht, wie wenn man einen Beraubten verurteilt, weil der Besitz von Geld dem bösen Akt des Raubes Vorschub leistete? Ist es nicht, wie wenn man Sokrates wegen seiner absoluten Wahrheitsliebe und seiner Philosophie wegen verurteilte, weil er damit das irregeleitete Volk veranlaßte, ihm den Giftbecher zu reichen?

### Der dritte Weg

Sie nannten unsere Aktion in Birmingham extrem. Zuerst war ich ziemlich enttäuscht, daß geistliche Kollegen meine gewaltlosen Anstrengungen als das Werk von Extremisten bezeichneten. Es kam mir zum Bewußtsein, daß ich zwischen zwei gegensätzlichen Kräften der Negergemeinde stehe. Eine ist die Kraft der Selbstzufriedenheit, entstanden durch jene Neger, die — als Resultat jahrelanger Unterdrückung — ohne jegliche Selbstachtung und ohne jegliches Gefühl für ihre eigene Persönlichkeit geblieben sind und sich der Rassentrennung gefügt haben, entstanden aber auch zum Teil durch ein paar Neger des Mittelstandes, die — wegen eines akademischen Grades, finanzieller Sicherheit und Profites aus der Rassentrennung — unbewußt den Gefühlen der Masse gegenüber unempfindlich geworden sind. Die andere Kraft ist eine der Verbitterung und des Hasses und kommt in die Gefahr, der Gewalttätigkeit Vorschub zu leisten. Sie drückt sich in verschiedenen Gruppen schwarzer Nationalisten, die über das ganze Land verbreitet sind, aus. Die größte und die am besten bekannte Gruppe ist diejenige der „Elijah Muhammad's Muslim“. Diese Bewegung wird durch die gegenwärtige Enttäuschung über die fortgesetzte Existenz der Rassendiskriminierung genährt. Sie setzt sich aus Leuten zusammen, die den Glauben an Amerika verloren haben, die das Christentum absolut von sich weisen und die zum Schlusse gekommen sind, daß der weiße Mann ein unverbesserlicher „Teufel“ sei. Ich habe versucht, mich zwischen diese beiden Mächte zu stellen, indem ich sagte, daß wir weder dem Beispiel der „Untätigen“ noch demjenigen des Hasses und der Verzweiflung der schwarzen Nationalisten zu folgen brauchten. Es gibt den viel hervorragenderen Weg der Liebe und des gewaltlosen Protestes. Ich bin Gott dankbar dafür, daß durch die Negerkirche die Dimension der Gewaltlosigkeit in unseren Kampf eindrang. Hätte sich diese Philosophie nicht durchgesetzt, würden heute in vielen Straßen des Südens Ströme von Blut fließen. Wenn unsere weißen Brüder jene unter uns, die ihre Sache mit den Mitteln gewaltloser Aktionen durchzusetzen versuchen, als „Anstifter zum Aufruhr“ und als „Aufwiegler“ bezeichnen und sich weigern, unsere gewaltlosen Anstrengungen zu unterstützen, werden Millionen von enttäuschten und verzweifelten Negern Trost und Sicherheit in den Ideologien der schwarzen Nationalisten suchen, eine Entwicklung, die unvermeidlicherweise zu einem erschreckenden rassistischen Alptraum führen würde.



## Die Haltung der Kirche

Ich möchte nun meine zweite Enttäuschung erwähnen, die Enttäuschung durch die weiße Kirche und ihre Führer. Natürlich gibt es ein paar bemerkenswerte Ausnahmen. Aber ihrer ungeachtet, muß ich ehrlicherweise meiner Enttäuschung über die Kirche Ausdruck verleihen. Ich sage das nicht als einer jener destruktiven Kritiker, die immer einen Fehler der Kirche finden. Ich sage dies als ein Diener des Geistes, der die Kirche liebt, der in ihrem Schoße aufwuchs, dem die geistlichen Tröstungen Kraft verliehen haben und der ihr treu bleiben wird bis zum letzten Atemzug.

Ich habe zahlreiche religiöse Führer des Südens ihre Gläubigen auffordern hören, sich den Gesetzen der Rassen-trennung zu beugen, eben weil es Gesetze seien; aber ich habe mich vergebens danach gesehnt, von weißen Geistlichen die Aufforderung zu hören: „Befolgt die Integrationsgesetze, denn Integration ist eine Forderung der Moral, und der Neger ist Euer Bruder.“ Während dem Neger himmelschreiendes Unrecht angetan wurde, sah ich die weißen Kirchen abseits stehen, lediglich den Mund voll frommer Belanglosigkeiten und scheinheiliger Banalitäten. Immer und immer wieder ertappte ich mich bei der Frage: Was sind das für Menschen? Wer ist ihr Gott? Wo waren ihre Stimmen, als von den Lippen des Gouverneurs Barnett Worte wie „Eingreifen“ und „Nichtigkeitserklärung“ tropften? Wo waren sie, als Gouverneur Wallace die Kriegstrompete des Hohnes und des Hasses blies? Wo waren ihre anfeuernden Stimmen, als müde, verletzte und resignierte Neger und Negerinnen beschlossen, aus dem dunklen Kerker der Ergebung aufzubrechen zu den hellen Hügeln des schöpferischen Protestes?

In tiefer Enttäuschung habe ich die Lauheit der Kirche beweint; aber ich versichere Ihnen, daß es Tränen der Liebe waren. Es gibt keine tiefe Enttäuschung, wo nicht tiefe Liebe ist. Ja, ich liebe die Kirche; ich liebe ihre geheiligten Mauern. Wie könnte es auch anders sein? Ich bin in der ziemlich einzigartigen Lage, Sohn, Enkel und Urenkel von Predigern zu sein. Ja, ich sehe die Kirche als Leib Christi. Doch wie haben wir diesen Leib durch soziale Nachlässigkeit und durch die Furcht, Nonkonformisten zu sein, geschunden und entstellt!

Das Gericht Gottes ist über der Kirche wie niemals zuvor. Wenn die Kirche der Gegenwart nicht den Opfergeist der früheren Kirche wiedererwirbt, wird sie ihre Authentizität verlieren, die Ergebnisheit von Millionen verspielen und schließlich abgetan werden als belangloser Klub, ohne Bedeutung für das 20. Jahrhundert. Tag für Tag begegne ich jungen Leuten, deren Enttäuschung über die Kirche schließlich in regelrechten Widerwillen umgeschlagen ist.

Vielleicht war ich wieder einmal zu optimistisch. Ist die organisierte Religion zu sehr an den Status quo der Dinge gebunden, als daß sie diese Nation und die Welt erretten könnte? Vielleicht muß ich meinen Glauben der inneren geistigen Kirche zuwenden, der Kirche in der Kirche, als der wahrhaftigen Ecclesia und Hoffnung der Welt.

Aber noch einmal danke ich Gott dafür, daß einige edle Seelen in den Reihen der organisierten Religion sich aus den lähmenden Ketten des Konformismus befreit haben und sich uns als aktive Partner in unseren Kampf um die Freiheit anschlossen. Sie haben ihre sicheren Gemeinden verlassen und sind mit uns durch die Straßen von Albany und Georgia gegangen. Sie sind auf qualvollen „freedom rides“ über die Highways des Südens gezogen. Ja, sie gingen sogar mit uns ins Gefängnis. Einige von ihnen wurden aus ihren Kirchen hinausgeworfen und verloren die Unterstützung ihrer Bischöfe und geistlichen Kollegen. Aber sie gingen mit der Überzeugung, daß getretenes Recht stärker ist als triumphierendes Übel.

Ich hoffe, daß die Kirche als Ganzes der Herausforderung dieser entscheidenden Stunden gewachsen sei. Aber selbst wenn die Kirche der Gerechtigkeit nicht zu Hilfe eilt, verzweifle ich nicht an der Zukunft. Ich hege keinerlei Befürchtungen über den Ausgang unseres Kampfes in Birmingham, auch wenn unsere Beweggründe zur Zeit mißverstanden werden. Wir werden das Ziel der Freiheit in Birmingham und im ganzen Lande erreichen, weil das Ziel Amerikas die Freiheit ist.

## Die Hüter der Ordnung

Bevor ich schließe, bin ich gezwungen, einen weiteren Punkt ihres Berichtes, der mich zutiefst beunruhigte, zu erwähnen. Sie lobten die Polizei von Birmingham herzlich, weil sie die „Ordnung aufrechterhalten“ habe und „Gewalttaten zuvorgekommen“ sei. Ich glaube kaum, daß Sie die Polizei so gepriesen hätten, wenn Sie gesehen hätten, wie ihre wütenden, böartigen Hunde sechs unbewaffnete, keinerlei Gewalt anwendende Neger bissen. Ich glaube kaum, daß Sie die Polizisten so vorschnell gelobt hätten, wenn Sie hätten mit ansehen müssen, wie widerlich und wie unmenschlich sie die Neger hier im Stadtgefängnis behandelten; wenn Sie zusähen, wie sie alte Negerfrauen und junge Negermädchen verfluchen und herumstoßen; wenn Sie sähen, wie sie Greise und kleine Knaben schlagen und treten; wenn Sie sähen — wie sie sich — dies geschah zweimal — weigerten, uns das Essen zu geben, weil wir ein Tischgebet sangen. Es tut mir leid, daß ich nicht in Ihr Lob der Polizei einstimmen kann.

Ich wünschte, Sie hätten Ihre Anerkennung den demonstrierenden Negern von Birmingham gespendet, für ihren einzigartigen Mut, für ihre Bereitschaft zu leiden und für ihre erstaunliche Disziplin inmitten unmenschlichster Provokationen. Eines Tages wird der Süden seine wahren Helden erkennen.

Wenn ich in diesem Brief irgend etwas gesagt habe, das eine Unterbewertung der Wahrheit ist und ein Anzeichen unvernünftiger Ungeduld, so bitte ich Sie, mir zu verzeihen. Wenn ich in diesem Brief etwas gesagt habe, das eine Übertreibung der Wahrheit ist und ein Beweis dafür, daß ich mit allen geduldiger bin als mit meinen Brüdern, mag Gott mir verzeihen.



**Notstandsrecht und Demokratie. Notwendigkeit oder Gefahr?, Streitgespräche — Eine aktuelle Buchreihe, hrsg. v. M. Nemitz, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1963, 128 S., Paperback, DM 6,80.**

Mit dem vorliegenden Band eröffnet der Kreuz-Verlag eine neue Paperback-Reihe, die dem Christen Material in die Hand geben will, sich zu den Fragen, die Politik, Religion, Wirtschaft und Wissenschaft an den Menschen unserer Zeit stellen, ein eigenes Urteil bilden zu können. Als Leitmotiv sind zwei Sätze Karl Barths vorangestellt: „Die Christengemeinde wird dafür eintreten, daß man in der Bürgergemeinde miteinander redet, um miteinander zu arbeiten. Und sie wird dafür eintreten, daß dies offen geschehen kann.“

Das Streitgespräch, das in diesem Band festgehalten ist, wurde im Februar 1963 kurz nach der Spiegelaffaire in Bonn veranstaltet und bietet ein gutes Beispiel, wie solches „Miteinanderreden, um miteinander zu arbeiten“ aussehen kann. Unter Leitung von Horst Dahlhaus haben sich als Vertreter der Parteien zusammengefunden: Dr. Adolf Bieringer (CDU), Dr. Ulrich Lohmar (SPD) und Wolfram Dorn (FDP). Außerdem sind die Juristen Helmut Ridder und Helmut Simon beteiligt.

Zwischen den Gesprächsteilnehmern besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Bestimmungen des Deutschland-Vertrages durch eigene deutsche, d. h. grundgesetzliche Bestimmungen ersetzt werden müssen. Hinsichtlich des inneren Notstandes sind jedoch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien vorhanden, die auch in diesem Gespräch nicht ausgeräumt werden. Mit Recht weist Professor Ridder darauf hin, daß die eigentlichen Schwierigkeiten nicht in einer allgemeinen Sicherung der Grundrechte liegen, sondern in den Einzelgesetzen, die für den Notstandsfall notwendig sind. Hier liegt, wie so oft, der Teufel im Detail.

Das Gespräch bringt keine neuen Gesichtspunkte in die Diskussion. Der eigentliche Wert dieses Buches liegt vielmehr in der ausführlichen Dokumentation, die mehr als die Hälfte des Bandes ausmacht. Hier sind alle wichtigen gesetzlichen Bestimmungen sowie die Erklärungen der Bundesregierung, der Parteien und Verbände, vor allem der Gewerkschaften, zusammengestellt. So kann diese Dokumentation nützliche Hilfe in der politischen Bildungsarbeit leisten.

Es ist zu hoffen, daß möglichst viele, vor allem junge Menschen, diese Dokumente studieren, um die Debatten um den Notstand endlich aus dem emotionellen in den sachlichen Bereich zu führen. Sollte eine zweite Auflage veranstaltet werden, was zu wünschen ist, müßten die Erfahrungen, die wir im Zusammenhang der „Telephon-Affaire“ machen konnten, berücksichtigt werden!

Bernhard Unckel

**Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg 1963, 342 S., br. DM 4,80 (rowohlt's deutsche enzyklopädie, Bd. 171/172).**

Die Literatur zur Situation der deutschen Hochschule ist selbst für den Fachmann kaum noch zu übersehen. In der Vielzahl der Urteile und Meinungen hat die Stimme Helmut

Schelskys ihr besonderes Gewicht. Die Vorschläge des Münsteraner Soziologen sind keineswegs allein von den Notwendigkeiten des Tages bestimmt, sondern ruhen auf der klassischen deutschen Wissenschafts- und Bildungsidee und versuchen, einen Weg in der Mitte zwischen Idee und sozialer Wirklichkeit zu finden.

Es ist die Überzeugung Schelskys, „daß die Ideen Wilhelm von Humboldts über das Wesen der Universität, der Bildung und der Hochschulpolitik auch heute noch ihre Gültigkeit und Gestaltungskraft für die Zukunft unserer Universitäten haben . . .“ (S. 8). Wir leben heute seiner Meinung nach in einer ähnlichen Periode staatlicher und gesellschaftlicher Umformung wie Humboldt und seine Mitarbeiter. Allerdings liegt die Bedeutung der Universitätsgründung Humboldts für unsere Gegenwart nicht in der neuhumanistisch-idealistischen Bildungsidee, die Schelsky einer sachlich ausgewogenen Kritik unterzieht, sondern in den Strukturen des geistigen und sozialen Handelns, unter denen sie erfolgte.

Im Januar 1809 hat Humboldt es vor der Berliner Akademie als die Aufgabe der Wissenschaft bezeichnet, den menschlichen Geist so zu bilden, „daß er den schwer zu entdeckenden Punkt nicht verfehlt, auf welchem Gedanke und Wirklichkeit sich begegnen und freiwillig ineinander übergehen“. Schelsky schließt sich dieser Forderung Humboldts an und ist von da aus bestrebt, einerseits „der vorhandenen sozialen Wirklichkeit unserer Universitäten die in ihnen steckenden normativen Möglichkeiten abzulauschen, auf der anderen Seite den Anspruch der so erkannten ideellen Ziele der Universität in die vorhandene soziale Wirklichkeit gestaltungskräftig hineinzudenken“ (S. 10).

Der Verfasser sieht in der Gründung der Berliner Universität eine vorbildliche Erneuerung der deutschen Universität. Daher untersucht er eingehend deren Gründungsgeschichte, um dabei die noch heute gültigen Strukturen der damaligen sozialen Handlungen aufzudecken. Dieser erste (historische) Teil nimmt mehr als die Hälfte des Buches ein. Dies erscheint um so mehr berechtigt, als es heute weithin zum guten Ton gehört, über Humboldt und sein Werk abschätzig zu urteilen, ohne auch nur den Versuch zu wirklichem Verstehen des geschichtlichen Wirkungszusammenhangs im Sinne Wilhelm Diltheys zu machen. Das Buch des verstorbenen Bonner Philosophen und Pädagogen Theodor Litt über „Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt“ (1955) hat hier in besonderer Weise verwirrend gewirkt. Schelsky charakterisiert die Humboldtsche Bildungsidee als „sittliche Grundeinstimmung des Lebens an Hand der Wissenschaft, die sich als Philosophie verstand“ (S. 67) und macht deutlich, daß dieser Bildungsprozeß sich (nach Humboldt) in sozialer Einsamkeit und bürgerlicher und damit geistiger Freiheit zu vollziehen habe. Damit ist zugleich die soziale Idee der Humboldtschen Universität umschrieben. Außer Humboldts Plänen untersucht Schelsky auch die Vorschläge, die Schleiermacher, Schelling und Fichte zur Gestaltung der Universität gemacht haben.

Drei entscheidende Einsichten gewinnt Schelsky aus seiner historisch-soziologischen Analyse:

1. „Das erfolgreiche Prinzip, im Bereich der Wissenschaftsorganisationen Neues zu schaffen und das Alte zu reformieren, ist das der Neugründung von Institutionen, die zu den alten exemplarisch hinzutreten“ (S. 171).



2. Zu einer Neugründung bedarf es einer Wissenschafts- und Bildungsidee, die zwar „auf einer Analyse der jeweiligen Gesellschaft gegründet“ ist, sich jedoch zugleich polemisch gegenüber der bestehenden Gesellschaft abgrenzt, zumal gegen die Forderung, an den Universitäten die Berufsausbildung durch Wissenschaft durchführen zu wollen (S. 172).

3. Reform oder Neugründung einer Universität müssen „sowohl gegen die partikulären Interessen des Staatsegoismus oder der unmittelbar gesellschaftlichen Bedürfnisse als auch gegen die festgelegten Interessen der vorhandenen Hochschulen und ihrer korporativen Selbstverwaltung durchgesetzt werden“ (S. 172).

Im zweiten Teil seiner Arbeit befaßt sich Schelsky sehr eingehend mit der hochschulpolitischen Situation nach 1945 und erörtert die Vielzahl der Vorschläge, die zur Reform unserer Universitäten gemacht worden sind. Hier liegt ein besonderer Wert dieses Buches, daß es das weit verstreute und vielfach nur schwer zugängliche Material zu diesen Fragen kritisch sichtet und zusammenfaßt.

Entsprechend den Überzeugungen, die der Verfasser aus seiner Analyse der Berliner Gründung gewonnen hat, versucht er, eine Wissenschaftstheorie und eine universitäre Bildungsidee für die Gegenwart zu entwerfen. Der Philosophie kommt auch heute noch eine zentrale Stellung für die Idee der wissenschaftlichen Erkenntnis und der wissenschaftlichen Bil-

dung zu. Die Bildungsforderung aber, die heute „vor uns steht, heißt, ein reales Weltbürgertum zu verwirklichen in der geistigen, sittlichen und sozialen Gestaltung jener erdumfassenden wissenschaftlichen Zivilisation, die unübersehbar als unser neuer kultureller Lebenshorizont auftaucht“ (S. 294).

Will die deutsche Universität die hier auf sie zukommenden Aufgaben lösen, wird sie sich zu einer weitgehenden Differenzierung ihrer Arbeit entschließen müssen und dafür Sorge zu tragen haben, daß der wissenschaftlichen Forschung und Lehre jener Raum der „Einsamkeit und Freiheit“ wieder gegeben werde, den sie durch die sie aushöhlende Betriebsamkeit unserer Tage weitgehend verloren hat, ohne den jedoch fruchtbare — vor allem auch sozial fruchtbare — wissenschaftliche Arbeit nicht denkbar ist.

Auf die praktischen Vorschläge, die Schelsky macht, um die Verwirklichung seiner Gedanken institutionell zu sichern, wollen wir hier nicht eingehen. Die Praktiker werden daran — u. E. durchaus zu Recht — vieles zu bemängeln haben. Worauf es ankommt, ist jedoch die theoretische Durchdringung der Probleme, die Schelsky gibt. Die Tatsache, daß er dabei weitgehend an Humboldt anknüpft, wird ihm sicherlich mancherlei Kritik einbringen. Doch ist zu hoffen, daß gerade daraus die in letzter Zeit ein wenig stagnierende Diskussion um die deutsche Hochschule neuen Auftrieb und neue Richtung erfährt.

Bernhard Unckel

## Leserbriefe

### Mangelnde Logik?

„Studium ohne Freiheit?“ schließt mit dem doch wohl unlogischen (oder suggestiven) Hinweis, daß ministerielle Direktiven für den Ablauf des Studiums „das Ende der vielberedeten und -gepriesenen akademischen Freiheit unweigerlich zur Folge“ hätten. Das klingt einigermmaßen verwunderlich, wenn im Abschnitt darüber gerade der Nachweis erbracht wird, daß es auch ohne ministerielle Hilfestellung recht bedenklich um die „akademische Freiheit“ bestellt ist, wenn die Tyrannei und Willkür von Professoren (im Endeffekt) verhindern können, daß die Studenten versuchen, durch Uni-Wechsel einen weiten Horizont, Übersicht über verschiedene Auffassungen und damit die Grundlage zu einer wohlfundierten eigenen Ansicht zu gewinnen. Dieses Problem interessiert uns lebhaft, weil wir fünf Kinder haben, von denen wenigstens die vier Söhne studieren werden. Da wir großen Wert darauf legen, ihnen stets die Voraussetzungen zu selbständiger Urteilsbildung zu verschaffen, ist es uns außerordentlich wichtig, daß „akademische Freiheit in Verantwortung“ von keiner Seite beeinträchtigt wird, sondern vielmehr in sachlicher, aufrichtiger Zusammenarbeit von allen gefördert wird, ohne daß parteitaktisches Geplänkel das Kernproblem vernebelt.

Ebenfalls überraschte mich in der Buchbesprechung eine gewisse Unlogik beim Fazit: „Aber: ist das die ganze preußische Geschichte... Ist in Preußen immer Toleranz geübt worden...?“ Zuvor wird doch ausdrücklich auf die „Ausgangsbasis aller Thesen“ hingewiesen: „Preußen... mit

dem sich eine Idee verknüpft hat“. Es liegt doch implizite schon in den Begriffen, daß die Idealisierung nie völlig „die Idee“ erreichen kann; vgl. die Parallele mit Christentum und Kirche. Haben wir hier außer Luther, Zinzendorf, Paul Gerhardt, Franz v. Assisi oder Schweitzer nicht auch Inquisition, protestantische Hexenverbrenner oder auch einen Reichsbischof Müller gehabt? Sagen solch unterschiedliche menschliche Erscheinungen in der konkreten Geschichte etwas über Christentum und Kirche Entscheidendes aus? In welchem Staat ist „immer Toleranz geübt“ worden? In welcher christlichen Konfession immer „Liebe“? Tatsache ist, daß in kaum einem anderen Staat das Verantwortungsbewußtsein derart in die Breite und Tiefe ging und Korruption so undenkbar war wie in Preußen.

U. Berger-Gebhardt, Braunschweig

### Im Sinn der Humanistischen Union

In der August-September-Nr. Ihrer „Politischen Briefe“ befindet sich ein Aufsatz, der zu der Denkschrift des Deutschen Ausschusses Stellung nimmt. In diesen „Anmerkungen“ schreibt Herr Hellmuth Lauffs unter anderen:

„Warum soll es aber nicht auch andere Weltanschauungsschulen, etwa im Sinn der Humanistischen Union geben? Auch Atheisten haben das Recht, ihre Kinder atheistisch zu erziehen, was bereits Bischof Ketteler 1848 in der Deutschen Nationalversammlung erklärt hat.“



Dieser Passus der Ausführung von Herrn Hellmuth Lauffs beruht ganz offenbar auf einer Unkenntnis der Ziele der Humanistischen Union. Weder ist die Humanistische Union eine Vereinigung von Atheisten, noch tritt sie dafür ein, daß Atheisten das Recht haben sollen, ihre Kinder atheistisch zu erziehen. Die Humanistische Union ist, wie Sie aus den beigefügten Unterlagen entnehmen wollen, eine rein kulturpolitische, keinerlei bestimmte Weltanschauung vertretende Vereinigung von Christen und Nichtchristen, die der Meinung sind, daß man in der Bundesrepublik Geist und Wortlaut des Grundgesetzes etwas ernster nehmen müßte, als das bisher geschieht. Die Humanistische Union tritt daher für jene Schulreform ein, die in dem Gutachten des Deutschen Ausschusses als „Gemeinschaftsschule als Schule für alle“ aufgeführt worden ist. Sie wäre also ebenso sehr ge-

gen atheistische öffentliche Schulen, wie sie gegen katholische und evangelische Bekenntnisschulen Stellung nimmt. In Nummer 5 der kulturpolitischen Korrespondenz „Vorgänge“ haben wir die auf einer Versammlung in München vorgetragenen Thesen der Humanistischen Union zur Schulfrage publiziert. Auch dieses Heft dürfen wir Ihnen zur Information beilegen. Das entscheidende Motiv für das Eintreten der Humanistischen Union für eine wirkliche, institutionell von keinerlei Religion oder Weltanschauung bestimmte Gemeinschaftsschule ist die Überzeugung, daß die Entfaltungsfreiheit des heranwachsenden Menschen nur in einer solchen Schule garantiert werden kann und die Gesellschaft die Pflicht hat, auch den Eltern gegenüber für den Schutz dieses freien Entfaltungsraumes der Kinder zu sorgen.

Dr. Gerhard Szczyzny, München

---

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436.  
Verlag: Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn,  
Argelanderstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugs-  
gebühr: 1,— DM monatlich, 10,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg.

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.